

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,20 RM, monatlich 1,10 RM, vierteljährlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interfons-Gebühr
 Gebührt für die hochgehaltene Annoncen- und Verordnungs-Verwaltung 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2-fache Gebühr). Jedes weitere Wort 10 Pf. (zweiwöchige) und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interfons für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Triarier“ Giesberts gegen Regierung und Zentrumspolitik.

1.

Nach Abschluß der Reichstagsdebatten über die Steuerungsinterpellationen forderte die „Germania“ insbesondere die Führer der „christlichen Gewerkschaften“ auf, als „Triarier“ für die Aufrechterhaltung des Zollwucher- und agrarischen Liebesgaben-systems in den Wahlkampf zu ziehen. Wahrscheinlich fiel dem ultramontanen Hauptorgan ein, daß es ja das trübseligste Schicksal der „christlichen“ Gewerkschaftsführer im Reichstage ist, bei solchen Debatten, wie die über die in erster Linie die Lohnarbeiterschaft treffende Steuerungsinterpellation, rücksichtslos ins „dritte Treffen“ geschoben zu werden, um vorher die eigentlichen Zentrumsführer im ersten und zweiten „Treffen“ sagen zu lassen, daß die Arbeiterforderungen nach Öffnung der Grenzen vom Zentrum abgelehnt würden. Wenn so die Maßgebenden bereits ihr Nein erklärt haben, dann kann schließlich auch ein unmaßgeblicher „Triarier“ sein auf die Lohnarbeiter berechnetes Sprüchlein herjagen; es dient höchstens dazu, dem zentrums-katholischen Volke wieder mal seinen Köhlerglauben an die „Volkspartei“ Zentrum zu stärken. Erst als die Herren Dr. Spahn und Dr. Heim die Zentrumsparole für „unser bewährtes Wirtschaftssystem“ abgegeben hatten, wollte der „Triarier“ Giesberts den hungernden katholischen Arbeitern einige unmaßgebliche Redensarten vorsagen. Die Zentrumsfraktion weiß recht gut, daß nachdem „zwei Serien“ Redner zu einem Gegenstand gesprochen haben, eine „dritte Serie“ nicht mehr „angebrochen“ wird. Der Zentrumspräsident Graf Valleström hat es unter seiner Herrschaft fast sogar zur Regel erhoben, daß über Interpellationen nur je ein Sitzungstag verbracht werden durfte, wogegen die Linke stets protestiert hat. Wollte das Zentrum ernstlich seinen „Triarier“ Giesberts zur Steuerungsfrage zu Wort kommen lassen, dann hätte er als zweiter Fraktionsredner sprechen müssen. Als „Triarier“ kam er in die aussichtslose „dritte Serie“ der Redner und rutschte ab.

Dieß man nun, was Giesberts am 3. November in Köln in einer katholischen Frauenversammlung und am 5. November in drei Versammlungen in seinem Wahlkreis Essen über die Steuerungsinterpellation gesagt hat, so kann man sich ungefähr vorstellen, warum seine Fraktion den „Triarier“ in die vor-aussichtslos zum Schweigen verurteilte dritte Serie der Redner geschoben hat. Bei all seiner demütigen Treue zum Zentrum hat Giesberts doch auf seinen überwiegen von Industriearbeitern bewohnten Wahlkreis Rücksicht zu nehmen und wenn er auch nur einen Teil von dem, was er kritisch über das „bewährte Wirtschaftssystem“ in Köln und Essen gesagt hat, im Reichstag vortrug, dann wäre den Rednern der Linken viel Wasser auf ihre Mühlen getrieben worden. Selbstredend findet unser Zoll- und Verbrauchssteuer-system an Giesberts einen wort- und zitatenreichen Verteidiger. Ein Mann, der vor und während der Zolltarifdebatten 1902 lebhaft Stimmung für die Erhöhung der Zölle und für die strengere Grenzsperrung gemacht hat, dabei sogar den leidenschaftlichen, zur denkbar persönlichsten Auseinandersetzung ausartenden Widerspruch eines namhaften Teils seiner engeren Gewerkschaftskollegen überwinden mußte, muß das „große Werk“, so schlecht es auch geht, verteidigen. Es versteht sich auch von selbst, daß Giesberts die Sozialdemokratie als bauerneindlich, zur „positiven Arbeit“ unwillig hinstellte. Man braucht sich nicht über folgende, von Giesberts in den Versammlungen am 5. November nach dem stenographischen Bericht in der „Essener Volksztg.“ vom 7. November 1911 gesprochene Worte zu wundern:

„Sie aber, meine lieben Freunde, bitte ich, dem Steuerungs-gesetz und der Steuerungsfrage, die gegenwärtig in Szene gesetzt wird, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Meine Herren, bis jetzt haben die Herren von der Sozialdemokratie auch nicht in einem einzigen Falle praktisch versucht, der Steuerungsfrage entgegen, selbst in Berlin, wo ein sozialdemokratischer Stadtrat unbeschränkt herrscht (!!), selbst die Stadt Berlin hat sich mit einigen wenigen ganz kümmerlichen Maßnahmen begnügt, und hat keinesfalls daran gedacht, großartige Dinge in Angriff zu nehmen. Treten Sie diesen Steuerungsgeboten entgegen.“

Die „Triarier“ sind in der W.-Stadtbacherei so verkommen, daß ihr Stadtkompetenz nicht nur wahrheitswidrig von einer „unbeschränkten“ Stadtverwaltung (in Preußen!) schminkt, sondern sogar Berlin von einem „sozialdemokratischen Stadtrat unbeschränkt“ beherrscht läßt!

Die Giesbertsische Aufforderung, dem „Steuerungs-gesetz entgegenzutreten“, erfährt ihre richtige Würdigung, wenn wir (nach dem Stenogramm der Rede in seinem Parteiorgan, der „Essener Volksztg.“) hierhersehen, was Giesberts selber über die Steuerungsinterpellation sagte:

„Die Steuerungsinterpellation, das ist nicht zu leugnen, wieht auf den Haushalt außerordentlich günstig ein. Ich habe mit folgender Rechnung aufgemacht: Ein Arbeiter, der 1200 RM verdient, wird nach normalen Verhältnissen etwa 500 RM aufwenden für Wohnung, Kleidung und sonstige Dinge, die nicht direkt zum Lebensgenusse nötig sind. Es bleiben ihm dann noch etwa 2 RM täglich für den Lebensmittelpfand. Nun stellt sich heute bei den gegenwärtigen Preisen ein Mittagmahl ohne

Suppe, bestehend aus Sauerkraut, Kartoffeln und 1/2 Pfund Speck — Sie werden zugeben, daß das keine übermäßig glänzende Lebensweise ist — um 39 Pf. teurer wie 1905, das sind 20 Proz. des Betrages, den der Arbeiter überhaupt täglich aufwenden kann. Sie sehen, meine Herren, von diesen kleinen Erfahrungen im Haushalt muß man die Steuerungsfrage beurteilen, und nicht bloß vom Standpunkt meist unzuverlässiger Statistiken (in seiner Kölner Rede nannte Giesberts die amtlichen Statistiken „oberfaul“). Streuen wir uns gegenseitig keinen Sand in die Augen. Gerade die Steuerungsinterpellation der Gemüse und der kleinen Dinge, die greifen in den Haushalt und verteuern das Leben. (Zuruf: Lohnerhöhung.) Ich komme auf die Lohnerhöhung zurück. Wir haben ferner damit zu rechnen, daß wir für das Frühjahr, für den nächsten Sommer eine erhebliche Steuerungsinterpellation an Fleisch haben werden. Im Reichstage haben der Reichsanwalt und die Regierungsdirektoren darauf hingewiesen, es gäbe gegenwärtig keine außerordentlichen Fleischpreise. Er hat nur darauf hingewiesen, daß eine große Spannung besteht zwischen den Fleischpreisen und den Viehpreisen. Meine Herren, das ist eine Wahrheit, auf die wir nicht erst im Reichstage zu warten brauchen. Das weiß jeder, daß gegenwärtig infolge Futtermangels die Bauern ihr Vieh massenhaft abkassieren, infolgedessen Leberimport auf dem deutschen Markt stattfindet. Aber, meine Herren, wenn im nächsten Jahre der Rückgang des deutschen Viehbestandes infolge Futtermangels, infolge der Seuchen, der Maul- und Klauenseuche, zum Ausdruck kommt, dann werden wir vorübergehend mit einem Ausfall von 30 Proz. unserer Fleischproduktion zu rechnen haben; und, meine Herren, 30 Proz. Ausfall an Fleischproduktion muß eine ganz abnorme Fleischpreissteigerung zur Folge haben. Infolgedessen wird man auch hier bestimmt Vorschläge zu machen haben, wie dem entgegengekehrt werden kann.“

Der „Triarier“ konstatiert also selber eine erhebliche Steuerungsinterpellation und ruft aus: „Streuen wir uns gegenseitig keinen Sand in die Augen!“ Gewiß, Herr Giesberts, streuen Sie den katholischen Arbeitern keinen Sand in die Augen mit Ihrer Lobpreisung des „bewährten Wirtschaftssystem“.

Sand in die Augen gestreut wird der Bevölkerung mit den Statistiken über den „steigenden Fleischgenuss“, deren Oberfaulheit sozialdemokratischerseits oft nachgewiesen wurde. Trotzdem spielt diese Statistik in der ultramontanen Wirtschaftslehre eine große Rolle. Auch Herr Giesberts gibt das Steigen des Fleischkonsums zu, jedoch er sah sich genötigt, auch folgendes zu sagen:

„Aber wenn z. B. ein Redner (im Reichstag) gesagt hat, es gäbe 78 eine Großstadt in Deutschland, wo pro Kopf und Jahr 78 Kilogramm Fleisch verbraucht würden, dann sage ich, daraus darf man nicht schließen, daß die Arbeiter pro Jahr und Kopf 78 Kilogramm Fleisch zu verzehren hätten. Meine Herren, nach meiner Berechnung würde allein dieser Fleischverbrauch 585 RM im Jahre kosten, und daß eine Arbeiterfamilie 585 RM für Fleisch im Jahre ausgeben kann, das ist vollständig ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Das zeigt aber, meine Herren, daß in besseren Volksteilen eine ganz außerordentliche Quantität Fleisch verteilt wird, ja vielfach verschwendet wird, und es ist grundfalsch, aus diesen allgemeinen Durchschnittszifferen heraus zu schließen auf die Lebenshaltung der unteren Volksteile, auf die Lebenshaltung besonders der Arbeiterfamilien. Also, meine Herren, eine Fleischsteuerung und eine Gemüsesteuerung, die wird gerade die unteren Volksteile besonders schwer treffen. Die Leute, die 5000, 6000, 7000, 8000 RM Einkommen haben, werden in einem Jahre wohl 300 oder 400 RM mehr für Lebensmittel ausgeben, selbst wenn sie dafür Schulden machen, das ist bei denen nicht so gefährlich. Sie essen sich trotzdem satt. Aber, meine Herren! Eine Arbeiterfamilie, wo einmal das Quantum feststeht als ein Mindestmaß, da wirkt die Steuerungsinterpellation im Sinne einer Ernährungsverminderung, und deshalb ist es grundfalsch und verkehrt, wenn der Reichsanwalt und die verbündeten Regierungen sich gegenüber diesen Dingen gewissermaßen dumm gestellt haben, wenn sie diesen Dingen gegenüberstanden: Wir können nicht helfen. Das Mittel helfe nicht und jenes Mittel helfe nicht, das können wir nicht bewilligen usw. Meine Herren, mit einer solchen Dummheit ist dem Volke nicht gedient (Sehr richtig!) und deshalb hat die Zentrums-partei durch ihre Redner, besonders auch durch Dr. Heim eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich noch einigermaßen er-gängen will.“

„Dumm gestellt“ hat sich nach Giesberts die Regierung gegenüber den Klagen über die Notlage der Arbeiterfamilien. Ganz richtig fertigt er die Oberfaulheit der amtlichen Fleisch-verbrauchsstatistik ab, aber gleich darauf streut er seinen vor-wiegend aus Arbeitern bestehenden Zuhörern wieder Sand in die Augen, mit der Behauptung, das Zentrum habe sich um die Abstellung der Fleischsteuerung bemüht. Tatsächlich haben gerade die Zentrumsredner bei den wiederholten Steuerungsinterpellationen eine ungenügende Fleischversorgung der Arbeiter-schaft mit Hinweis auf die nun von Giesberts als „oberfaul“ charakterisierte amtliche Verbrauchsstatistik bestritten. Und als Dr. Heim die erwähnten Vorschläge auch nur bedingungs-weise machte, da bekam er wohl „Weißall links“, aber die Agrarier blieben stumm, „diskret“ blieben die Zentrums-abgeordneten. Ein Beweis, daß selbst die bedingten Heim-schen Reformvorschläge von dem Zentrum mit sehr „ge-mischten Gefühlen“ aufgenommen wurden.

Die Reichseisenbahnverwaltung und ihre Arbeiter.

Eine alte Klage, die doch immer wieder neu wird, erheben die Arbeiter der Reichseisenbahn in Essig-Bohringen gegen die Verwaltung, daß sie nämlich das Koalitionsrecht miß-achtet. Unmöglich werden bei der Budgetberatung durch die Sozial-

demokratie solche Beschwerden zur Sprache gebracht, aber bisher ist es noch nie gelungen, von der Reichseisenbahnverwaltung das Zugeständnis zu erzielen, daß sie ihre Arbeiter in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigen will. Ein be-sonders eklatanter Fall nötigte diesmal die Sozialdemokratie, durch eine Interpellation im Reichstag für die Eisenbahn-arbeiter einzutreten. Die Interpellation kam in der Montags-sitzung des Reichstages zur Erörterung.

Genosse Emmel legte zunächst den Rathbestand dar, der dem Vorgehen der Sozialdemokratie zum Anlaß diente. Es waren mehrere Arbeiter gemahregelt worden, nicht weil sie sich irgend-wo im Betrieb oder eine Vernachlässigung ihrer Pflichten hatten zuschulden kommen lassen, sondern weil sie Mißstände der Verwaltung in öffentlichen Versammlungen gerügt hatten. Die Begleitumstände dieser Mahregelung waren besonders verarglich. Es hat sich im Essig ein Verband der Eisenbahnarbeiter gebildet, der in keiner Weise politische Zwecke verfolgte, sondern nur die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und Berufsinteressen der Ar-beiter ins Auge gefaßt hat. Er suchte sich allerdings auch unab-hängig von der Verwaltung zu halten, und das genigte schon, um ihn verdächtig zu machen. Als nun in einer Versammlung der Vor-sitzende, ein Schlosser Oertel, kritische Bemerkungen über die Verwaltung machte, wurde er auf Grund der Berichte eines bei den Verhandlungen anwesenden Beamten zur Verantwortung ge-zogen. Trotzdem er bestritt, die ihm in den Mund gelegten Behaupt-ungen gemacht zu haben, lehnte die Verwaltung doch alle Beweis-erhebungen ab, sondern verlangte von ihm eine Erklärung, daß er die ihm unterstellten Behauptungen zurücknehme. Oertel fügte dieser Erklärung eine Bemerkung hinzu, in der er die ihm unter-stellten Behauptungen bestritt. Darauf wurde er wegen Unbittmähig-keit aus dem Dienst entlassen. Im weiteren Verlauf der Sache wurden dann auch noch andere Arbeiter entlassen, die für ihn ein-traten.

Genosse Emmel kennzeichnete diesen Behördenterrorismus in gebührender Weise und forderte den Eisenbahnminister v. Breitenbach auf, zu erklären, ob er mit jenen Vorgängen ein-verstanden sei. Der Minister v. Breitenbach dachte, wie nicht anders zu erwarten war, diese Eingriffe seiner „nachgeordneten Behörde“ in das Koalitionsrecht der Arbeiter mit seiner ganzen ministeriellen Autorität. Er suchte sich dann aber doch bei der Mehrheit des Hauses im Voraus Deckung zu schaffen, indem er direkt an die bürgerlichen Parteien appellierte, daß sie ihn im Kampf gegen das Eindringen des sozialdemokratischen Geistes in die Arbeiterkreise der Reichseisenbahn „an unserer Westgrenze“ unterstützen möchten. Denn für diesen Bureaukraten ist es selbst-verständlich schon ein Zeichen sozialdemokratischer Gesinnung, wenn ein Arbeiter Kritik an den Maßnahmen der Verwaltung übt. Uns kann es ja ganz recht sein, daß auf diese Weise von dem Minister selbst den Eisenbahnarbeitern klar gemacht wird, daß die werftätige Wahrnehmung wirklicher Arbeiterinteressen und sozialdemokratische Betätigung tatsächlich auf eins hinauskommen.

Herr v. Breitenbach hatte sich in seiner Spekulation auf die staatsverhaltende Gesinnung der bürgerlichen Parteien auch nicht getäuscht. Sowohl Herr Becker vom Zentrum, wie Herr v. Heeren von der Wirtschaftlichen Vereinigung stellten sich auf die Seite der Verwaltung, der sie ihre eigenen christlichen Ver-bände als Musterbilder der Untertanentreue empfahlen, indem sie gleichzeitig heftig die Sozialdemokratie bekämpften. Und der kon-servative Graf Westarp, dem die Verwaltung nie scharf genug vorgeht gegen Arbeiter und Sozialdemokraten, hielt einmal wieder eine seiner Polizeipausen, die ihm den Weinamen Jagow der Meise eingetragen haben.

Am Dienstag geht die Debatte weiter.

Zur Reichstagswahl.

Ein Wahltrieb des Reichsverbandes der Ördre.

Der bekannte Reichsverbandstagator Professor Dr. Görde hat den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Ge-nossen Erich Baron, wegen Verleumdung verklagt. Als bisheriger nationalliberaler Reichstagsabgeordneter des Kreises Brandenburg-Weißhollend fühlt sich Herr Görde durch die Kennzeichnung seiner Wahlumtriebe in seiner Reichsverbandsschrift gekränkt. Er benutzt die gegen ihn gerichteten Angriffe unseres Brandenburger Partei-blattes dazu, seine längst mit allen Mitteln erstrebte Wiederauf-stellung als Reichstagskandidat zu betreiben. Die nationalliberale Partei hat ihn nämlich auf Grund eines für die ganze Provinz mit den Fortschrittlichen abgeschlossenen Wahlkommens offiziell fallen lassen, und zwar zugunsten eines freisinnigen Verlagsbuch-händlers Remmers aus Berlin-Niederschönhausen. Herr Görde nimmt nun die gegen ihn gerichteten sozialdemokratischen Angriffe zum Vorwand, sich selbst als den „gefürchteten und gefährlichsten Gegner der Roten“ anzupreisen und hat sich von einigen gleich-gesinnigen Freunden als „nationaler“ Sammelkandidat aufstellen lassen. Noch steht freilich die Unterstützungszusage der von ihm umwordenen konservativen Partei aus, für die ursprüng-lich Graf Bredow kandidieren sollte.

Interessant wird es sein, ob die nationalliberale Partei dem Fortschrittler gegen ihren eigenen aus der Reihe tanzenden Abge-ordneten offiziell unterstützen wird. Jedenfalls werden unsere Brandenburger Genossen dafür sorgen, daß die Hoffnungen Gördes schon in der Hauptwahl gründlich zunichte gemacht werden. Mit Reichsverbandsmethoden und Verleumdungsklagen fängt man selbst die dümmsten Wähler nicht mehr, zumal wenn man fünf Jahre lang Reichstagsabgeordneter gegen das Volk wart!

Der nun auch vom Hansabund warm empfohlene, im Wahlkreis Viefelfeld-Biederbrück aufgestellte frühere Staatssekretär Graf Posadowsky hat auffallenderweise noch eine zweite Kandidatur angenommen: In Naumburg haben Vertreter der bürgerlichen Parteien des Reichstagswahlkreises Viefelfeld-Deilich beim Grafen Posadowsky vorgesprochen und ihm das Reichstagsmandat des Wahlkreises angeboten. Graf Posadowsky hat auch diese Kandidatur angenommen.

Der Wahlkreis Viefelfeld-Deilich wird zurzeit von dem Reichsparteiler Bauermeister vertreten, der nicht wieder kandidieren will.

Im ersten Wahlgang erhielt der Reichsparteiler 10 885 Stimmen, denen ebensoviel sozialdemokratische (10 100) gegenüberstanden. In der Stichwahl gaben die 6000 freisinnigen Wähler den Ausschlag für den Konservativen. Posadowsky will also auch hier gegen den Sozialdemokraten gewählt werden. Die Viefelfelder Wahlmänner Posas klagen schon über die notwendige Nachwahl, wenn ihr Erbkollegist doppelt gewählt wird; von dieser Sorge werden sie hoffentlich in Viefelfeld wie in Viefelfeld durch den sozialdemokratischen Sieg befreit werden.

Podewils durchs Zentrumsloch.

Aus München wird uns geschrieben:

Die Konfliktituation in Bayern entfesselt trotz ihrer Bedeutung nicht einer gewissen Komik. Sie ist ebenso lustig als ernst und bietet einen vortrefflichen Stoff zu einer Satire oder einem Possenspiel.

Ein wirklicher, richtiger Parliamentsstreik einer Majoritätspartei zum Zwecke des Ministersturzes und die Stillelegung wenigstens eines Teiles der parlamentarischen Maschinerie und damit des Regierungsbetriebes ist nichts Alltägliches und verdient um so mehr Beachtung, als die oberste Leitung dieses mit Ausdauer geführten Streikes in den Händen hoher geistlicher und staatlicher Würdenträger liegt. Das Streikkomitee setzt sich zusammen aus dem Dompropst Dr. Pichler, dem Landgerichtspräsidenten Lerno und dem Gymnasialdirektor Dr. v. Orterer, lauter energische Verteidiger der Regierungsgewalt gegenüber den Sozialdemokraten und alles approbierte Stützen von Thron und Altar. Selbst die freundlich-väterliche Ermahnung des Ministerpräsidenten v. Podewils, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, da ja alles auf einem Mißverständnis beruhe, hat die zielbewusste Zentrumsgewerkschaft des bayerischen Landtages rundweg abgelehnt.

Leben wir in einem Staate mit dem parlamentarischen Regierungssystem, dann wäre die Sachlage und die Lösung des Konfliktes klar und einfach: Eine Parlamentsmehrheit lehnt in feierlicher Erklärung jede Arbeitgemeinschaft mit einem Minister ab und spricht ihm durch politische Achtung ein Mißtrauensvotum in der denkbar schärfsten Form aus. Ganz selbstverständlich, daß das Ministerium seine Entlassung nehmen oder das Parlament auflösen muß.

Wir haben nun in Bayern kein parlamentarisches Regime. Trotzdem holt sich die Mehrheitspartei, die dazu noch eine ausgesprochene Gegnerin dieses Systems ist, doch ihre Waffen zum Kampfe gegen Minister und Regierung. Das gibt dem Konflikt den eigenartigen Charakter und macht ihn so kompliziert.

Das Zentrum erklärte zwar zweimal recht feierlich, daß es in seinem Kampfe die den Parteien durch die Verfassung gezogenen Grenzen respektieren, also das Kronrecht der Ministerernennung und Entlassung nicht antasten wolle. Allein das ist nur die Theorie. Die Praxis sieht ganz anders aus. Es erzwingt einfach die Entlassung eines Ministers durch die Proklamierung des parlamentarischen Streiks. Denn Auflösung der Kammer oder Entlassung des Verlehrsministers, nur diese beiden Möglichkeiten schienen bisher denkbar.

Macht bricht jedes Gesetz! Es ist deshalb ein ungesunder und auf die Dauer ganz unhaltbarer Zustand, daß neben einer einseitig organisierten Parlamentsmehrheit ein sogenanntes unpolitisches Ministerium amtiert. Eine zielbewusste, mit der im politischen Leben nötigen Portion Rücksichtslosigkeit ausgerüstete Partei wird der Regierung stets ihren Willen aufzubringen verstehen. Wir haben dann tatsächlich die politische Herrschaft einer Partei ohne das Jubeil der politischen Verantwortlichkeit.

Das Vorgehen des Zentrums erfährt die verschiedenste Beurteilung und Werturteilung, letztere besonders scharf in der liberalen Presse. Wie weit ist eine solche Beurteilung berechtigt? Es sind zwei Dinge auseinanderzuhalten: Das taktische Auftreten des Verkehrsministers im Parlament gegenüber dem Zentrum und seine sachliche Haltung in den Fragen des Eisenbahnerstreiks und der Beförderung der Staatsarbeiter.

Es bleibt dabei: das Auftreten des Verkehrsministers — seine Entlassung während der direkt gegen ihn gerichteten Rede eines Zentrumsgewählten und die Erteilung von Fielhnoten an einige Volksvertreter — war eine Mißachtung und eine Ungehörigkeit gegenüber dem Parlament, die sich selbst jede Minoritätspartei hätte entschieden verbiten müssen.

Eine andere Frage ist es freilich, ob diese taktischen Uebergriffe eines Ministers nur durch einen Parlamentsstreik und nicht schon durch eine energische Verwahrung der Fraktion hätte abgetan werden können. Es ist kein Zweifel, daß durch das klaffende Mißverhältnis zwischen Schuld und Sühne der Aktion des Zentrums der Stempel des Theatralisch-Possenshaften, der Kleinlichkeit und Unwahrscheinlichkeit aufgedrückt wird. Das scheint dem Zentrum unterdessen zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn in seiner dritten und bisher letzten Erklärung drängt es diese Verletzung parlamentarischer Formen und Rechte in den Hintergrund. Durch die Betonung der rein sachlichen Differenzen in bezug auf die Beurteilung des sächsischen Eisenbahnverbandes und die Maßnahmen des Ministeriums gegen ihn.

Durch diese Hervorhebung der sachlichen Gründe wird die Situation für das Zentrum wahrer und besser, für das Gesamtministerium schlechter. So lange es sich lediglich um die Verstöße gegen parlamentarische Sitten und Rechte handelte, war der Verkehrsminister allein verantwortlich und eine Lösung des Konfliktes durch seine Entlassung möglich. Jetzt aber wird das Gesamtministerium wieder vor die Front gestellt, denn die Haltung des Verkehrsministers gegenüber dem sächsischen Eisenbahnverband beruht auf einem Beschluß des Gesamtministeriums, und das also und nicht der Verkehrsminister allein hat die Verantwortung zu tragen.

Von dem ersten nicht sehr geschickten und nur von einem kleinen Teil der Fraktion improvisierten Streich abgesehen, hat das Zentrum seinen Standpunkt bisher nachdrücklich und mit Würde vertreten. Und das Ministerium? Ein Gruppenbild zum Erbarmen, in dem der Ministerpräsident die vollendete Hilflosigkeit und Unfähigkeit darstellt. Ob unter den übrigen Ministern noch etwa Männer von politischem Charakter, von Leidenschaft und politischem Ehrgefühl sind, muß sich in dem Entschluß der Regierung kundgeben. Sie hat zwischen zwei Dingen zu wählen:

Auflösung der Kammer oder durchs landinische Loch!

München, 13. November. Das gesamte Ministerium Podewils wird, wie dem hiesigen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ zuverlässig mitgeteilt wird, in der Frage des parlamentarischen Konfliktes fest bleiben und den Forderungen des Zentrums nicht nachgeben. Der Prinzregent billigt diese Haltung und wird das noch besonders zum Ausdruck bringen. Es wird eine Regierungskundgebung erwartet.

Der Krieg.

Vor Tripolis ist die Kriegslage die gleiche wie während der letzten vierzehn Tage. Die italienischen Truppen und Feldbesetzungen werden noch wie vor durch Angriffe der türkischen Truppen in Verbindung mit irregulären Araberdetachements angegriffen und beunruhigt. Beide Parteien schreiben sich den Sieg bei diesen Scharmücheln, deren Bedeutung von den nationalistischen Berichterstattern offenbar übertrieben wird, zu, obgleich von eigentlichen Siegen dabei kaum geredet werden kann.

Die Cholera im Lager der Italiener verlangt immer mehr Opfer und wird sich bei der Anhäufung so großer Menschenmassen auf engen Raume und bei den schlechten Wasserhältnissen nur schwer bekämpfen lassen.

Die Aktion der italienischen Flotte im Ägäischen Meere läßt noch immer auf sich warten, obgleich die italienischen Schiffsgechwader dafür schon formiert sind und auch die Türkei die entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen hat. Die italienische Regierung scheint aber den verhängnisvollen Schritt nicht zu wagen, ohne vorher mit den Kabinetten der Großmächte auf diplomatischem Wege Fühlung genommen zu haben. Mehr wie ausweichende Antworten wird sie aber schwerlich erhalten, so daß die Gefahr bestehen bleibt, daß Italien sich aus seiner bedrängten Lage durch einen neuen Desperadosstreich zu retten sucht. Die Türkei droht ihrerseits, bei einem Angriff auf ihr europäisches Gebiet alle Italiener ausweisen zu wollen.

Die Erbitterung der mohammedanischen Welt gegen die Italiener greift inzwischen immer weiter um sich. Die Unruhen in Tunis waren schon darauf zurückzuführen, aber auch in Algerien nimmt die arabische Bevölkerung gegen die dort wohnenden Italiener eine drohende Haltung ein. Ferner haben die Mohammedaner in Bosnien und in Palästina sich zu einem Boykott gegen die Italiener und ihre Waren entschlossen.

Die drohende Aktion im Ägäischen Meere

Konstantinopel, 13. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen liegen Informationen darüber vor, daß Italien im Laufe dieser Woche zu einer erweiterten Aktion gegen die Türkei schreiten wird. Man nimmt jedoch an, daß Italien sich von einem Vorgehen gegen die Inseln allein nicht den Erfolg versprechen wird, der nötig ist, damit die Friedensverhandlungen einen Schritt weiterkommen. Man erwartet den ersten Vorstoß gegen die Inseln Mytilene, Chios und Rhodus. Seit 14 Tagen hat die Türkei diese Inseln mit Truppen, Geschützen, Munition und Proviant versehen, so daß den Italienern eine Landung wohl nicht ohne harte Arbeit gelingen dürfte. Von anderer Seite verlautet, daß die Italiener sich zuerst gegen die syrischen Küstenplätze und den Golf von Saloniki wenden werde. Eine Aktion gegen den Golf von Saloniki könnte aber nur, wie man hier annimmt, im Einverständnis mit Oesterreich unternommen werden. Hebrigeis ist der Golf von den Türken besonders gut besetzt und wird für den Fall einer italienischen Aktion auch das Eingreifen der türkischen Flotte erwartet.

Konstantinopel, 13. November. Der gestrige Ministerrat beschloß, den Mächten offiziell mitzuteilen, daß, falls ein Angriff auf die türkischen Inseln oder die türkische Küste erfolgen sollte, die Pforte unverzüglich sämtliche Italiener ausweisen werde.

Die Kämpfe vor Tripolis

Tripolis, 12. November. Die von den Italienern aufgegebenen Stellungen sind noch nicht wieder erobert worden. Am 8. November unternahm das 18. Infanterie-Regiment einen Angriff auf die türkische Stellung bei Fort Scharafah, wurde aber zurückgeschlagen. Am 9. November erwiderten die Türken den Angriff und drangen bis an die italienischen Linien bei Karamanli vor. Am 10. November, vormittags 10 Uhr, eröffnete die italienische Artillerie, unterstützt durch die Schiffsgechwader, einen Angriff gegen die türkische Stellung im Osten. Es treffen fortwährend Verstärkungen ein. Der neu eingetroffene General Frugoni will in den allernächsten Tagen einen energischen Vorstoß unternehmen.

Tripolis, 12. November. (Meldung der Agence Havas.) Heute vormittag erschienen etwa 300 Reiter und 1000 arabische Fußsoldaten vor der Südfrent, wurden aber durch ein heftiges Gewehr- und Kanonenfeuer zurückgetrieben.

Die Posten in der Tragödie.

Tripolis, 12. November. Gestern fand aus Anlaß des Geburtstages des Königs von Italien ein Empfang von Notabeln der Araber und aller religiösen Bekennnisse statt, die ihre Gefühle der Huldigung und ihre Glückwünsche für den König zum Ausdruck brachten. (1) Am Nachmittag fand ein Empfang sämtlicher Konsuln, der fremden Militärattaches und der hervorragenden Persönlichkeiten der europäischen Kolonie statt, an dem auch die Geistlichkeit, die Vertreter der Presse und Arbeitervereinigungen teilnahmen. An die Armen und an die Moscheen wurden Unterstufungen verteilt.

Italienische Desertionen.

Zandbrunn, 13. November. Seit dem 8. November sind bei Zandbrunn und durch das Donchital, südlich von Rovereto, über 200 italienische Deserteure nach Tirol gekommen. Sie flüchteten offenbar wegen des Krieges in Tripolis. Telegramme aus Nizza berichten von zahlreichen Desertionen über die französische Grenze und von anderen italienischen Reservisten, die, statt der Einberufungsbefehle zu folgen, nach südamerikanischen Häfen sich eingeschifft haben.

Zur Affäre des deutschen Afrikaforschers Krause.

Rom, 13. November. In der Angelegenheit des Afrikaforschers Krause hat die italienische Regierung dem deutschen Votskaster mitgeteilt, daß die Untersuchung des Vorfalles eingeleitet sei und daß gegebenenfalls Herr Krause für seinen Verlust entschädigt werden würde. Der italienische Gouverneur in Tripolis ist angewiesen worden, alle Herrn Krause gehörenden Gegenstände, soweit sie auffindbar sind, zurückzuerstatten.

Die italienischen Kriegsgreuel im englischen Unterhaus. London, 13. November. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage an den Staatssekretär Grey über die angeblich von den Italienern in Tripolis begangenen Grausamkeiten, er-

klärte Parlamentsuntersekretär A. L. S. G. H. kann es nicht auf mich nehmen, irgendwelche Nachrichten einzuziehen oder bekanntzugeben, außer in Fällen, die britische Interessen betreffen. Natürlich wäre es ein Gegenstand allgemeinen großen Bedauerns, wenn einer der kriegführenden Teile die in den Bestimmungen der internationalen Konvention, der er beigetreten war, enthaltenen Kriegsregeln nicht beachtet hätte. Aber wenn die Nationen nicht gesonnen sind, zu intervenieren, so können neutrale Mächte die militärischen Operationen einer der kriegführenden Parteien nicht untersuchen oder kontrollieren. — Auch an Asquith wurde heute nachmittags über denselben Gegenstand eine Anfrage gerichtet. Asquith hat jedoch, man möge die Anfrage auf Donnerstag verschieben.

Die Revolution in China.

Eine Klärung der Lage, wenigstens soweit die weitere politische Gestaltung der Dinge infolge der Revolution in Frage kommt, ist noch nicht eingetreten. Wenn auch an verschiedenen Punkten noch zwischen Republikanern und kaiserlichen Truppen gekämpft wird, so ist doch der Sieg der Revolution in den wichtigsten Provinzen gesichert. Nur die Frage, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik respektive ob eine Föderation von Einzelrepubliken das alte Regime ablösen soll, ist vorläufig noch nicht zu beantworten, da auch in den führenden revolutionären Kreisen darüber verschiedene Anschauungen zu bestehen scheinen. Die Haltung Quantaischais ist noch wie vor schwankend und abwartend.

Eine revolutionäre Nationalversammlung?

Schanghai, 13. November. Eine Maßnahme, welche einen großen Fortschritt in der Revolutionsbewegung bedeutet, ist gestern, wie der „New-York Herald“ meldet, getroffen worden. Es wurde beschlossen, an die 14 Provinzen, die vom Kaiserreich abgefallen und sich den Rebellen angeschlossen haben, die Aufforderung zu richten, Delegierte zu ernennen, damit in Schanghai eine Nationalversammlung von provisorischem Charakter gebildet werden könne. Diese soll die Nationalversammlung von Peking ergänzen respektive ersetzen, da die Nationalversammlung in Peking aus Personen zusammengesetzt ist, die von der Regierung ernannt worden sind und nicht aus von den Revolutionären gewählten Leuten.

Das republikanische Generalkomitee hat ein Memorandum des Regenten erhalten und darauf eine neue Denkschrift an den Regenten gerichtet, in der die Revolutionäre dessen Abdankung verlangen, gleichzeitig der kaiserlichen Familie das Leben zusichern, sowie die Unverletzlichkeit ihrer Güter garantieren. An die Bevölkerung wurde ein Appell des neuen republikanischen Regimes, welches Freiheit und Gleichheit in vollster Weise verbürgt, zur Unterstützung gerichtet.

Maßnahmen der Revolutionäre.

Paris, 12. November. „Gerald“ Depeschen aus China besagen, daß die Unabhängigkeit der Provinz Kwangschu offiziell morgen, Sonntag, erklärt werden wird. General Li und General Tsung, beides Führer der Revolutionäre, werden ihre Posten, die sie unter dem alten Regime einnahmen, wieder erhalten. Die Führer der republikanischen Partei in Kanton veröffentlichen eine Proklamation, in welcher sie den Wandschus, welche den Treueid leisten und die neue Regierung respektieren, vollständige Freiheit gewähren. Bis jetzt sollen mehr als 4000 Wandschus diesen Treueid geleistet haben und in Freiheit gesetzt worden sein. Eine weitere Proklamation unterjagt das Tragen des Zopfes. Eine neue Partei, genannt die republikanisch gewählte, hat sich in Schantung gebildet.

Die Fortschritte der Revolution.

Schanghai, 13. November. (Meldung des Neuterischen Bureau.) Tschifu ist zu den Revolutionären übergegangen, ohne daß es dabei zu Blutvergießen kam.

Die Lage in Hanking.

Hanking, 13. November. (Meldung des Neuterischen Bureau.) Der deutsche und der englische Admiral haben Hanking besucht. Sie empfehlen den Konflikt, sich mit dem Konsularpersonal zu beruhigen, da die Kriegsschiffe nicht imstande seien, sie zu schützen. Dreizehn chinesische Kriegsschiffe sind heute früh hier angekommen; sie haben bisher keine Plagge gehabt, und man versichert, daß sie noch heute die republikanische Fahne aufziehen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. November 1911.

Konservative Machenschaften.

Die konservative Presse legt sich in ihren Erörterungen des Duells Heydebrand-Bethmann-Hollweg eine befremdende Zurückhaltung auf. Selbst die sonst so rücksichtslose, kampflustige „Deutsche Tageszeitung“ erklärt in ihrer heutigen Abendnummer an der Spitze ihres den Wortlaut der Heydebrand'schen Rede entschuldigenden Leitartikels, daß sie den Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen nicht vertiefen möchte. Begreiflich ist diese Reserve der konservativen Wortführer! Sie können in dem bevorstehenden Wahlkampf die Unterstützung des Regierungsapparates nicht entbehren — so geben sie vorläufig nach und sparen ihren Haß für spätere Zeit auf.

Allerdings wird, wie Herr v. Bethmann auch Herr v. Heydebrand sehr glimpflich behandelt, seine Rede als eine bedeutende rhetorische Leistung gepriesen und in allen möglichen Variationen verkündet, daß die konservative Partei treu zu ihrem Führer stehe. Aber alle diese schönen Redensarten vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß wenigstens in einem Teil der konservativen Fraktion die Stimmung über das Auftreten des Abg. v. Heydebrand herrscht. Als Fraktionsredner der Konservativen zur Marokkoangelegenheit war, wie wir schon am Sonntag berichteten, zuerst der Abg. Graf Kanitz bestimmt. Er sollte zwar zum Ausdruck bringen, daß die Konservativen mit der Lösung dieser Frage nicht zufrieden sind, sonst aber in verbindlichem Sinne sprechen. Das Zentrum war vorher davon unterrichtet worden, und der Abg. v. Hertling richtete danach seine Rede ein. In letzter Minute kam aber eine Nachricht des Abg. v. Oldenburg-Januschau, bei dem der Kronprinz ein paar Tage vorher zur Jagd gewesen war. Herr v. Oldenburg forderte energisches Vorgehen mit dem Bemerkung, daß der Kronprinz nicht nur die gleiche Auffassung habe, sondern auch zu den Verhandlungen im Reichstage erscheinen werde. Daraufhin wurde Abg. Graf Kanitz beiseite geschoben und statt seiner der Abg. v. Heydebrand als Redner bestimmt, dem die lebhafteste Zustimmung des Kronprinzen während seiner Rede natürlich nicht entgangen war. Im anderen Tage erfuhr dann die konservative

Fraktion, daß Wilhelm II. über die Vorgehen geradezu empört sei und nun erhielt die konservative Presse die Weisung, die Klust nicht etwa durch scharfes Vorgehen noch zu verbreitern.

Darin liegt die Ursache der auffallenden Mäßigung. Daß die konservativen Taktiker jetzt, wo sie den Kaiser auf des Kanzlers Seite wissen, sich eine wohlberednete Reserve auflegen, schließt natürlich nicht aus, daß sie sich sofort nach der Reichstagswahl an Herrn v. Bethmann-Hollweg bitter rächen werden. Schon jetzt suchen sie dadurch den Kaiser gegen den Kanzler einzunehmen, daß sie mit erdichteter Absicht den Beifall hervorheben, den Bethmanns Rede in der sozialdemokratischen und linksliberalen Presse gefunden hat, und indem sie andererseits mit einer widerlichen Aufdringlichkeit sich als treue Hüter der Kronrechte aufspielen. So schreibt z. B. Herr Georg Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Wie er aber ausgenüht wird, das zeigt, um nur ein Beispiel anzuführen, der gestrige „Vorwärts“, in dem in Anknüpfung an die Vorgänge im Reichstage gesagt wird, die Regierung selbst habe sich gezwungen gesehen, den gewissenlosen nationalistischen Hebern die patriotische Maske vom Gesicht zu reißen. Diese Ausnützung seiner Worte hatte gewiß der Reichskanzler nicht geahnt; aber er hätte sie ahnen müssen.“

Weiterhin folgt dann das folgende geschraubte Bekenntnis zum Monarchismus:

„Wir unsererseits wollen keine parlamentarische Regierung; wir wollen keine Erweiterung der Nachbefugnisse der Volksvertretung, keine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Monarchie. Wir werden auch bei der verfassungsmäßig gestatteten und notwendigen Kritik der Regierungsmassnahmen niemals vergessen, daß die Vertreter der Regierung die Vertrauensmänner des Monarchen sind. Unsere Kritik wird niemals die Autorität des Staates und der Regierung als solcher gefährden.“

Nach demselben Rezept verfährt die „Kreuztg.“, indem sie schreibt:

„Daß Herr v. Bethmann-Hollweg der Sozialdemokratie für ihre Wahlmacht durch seine Ausführungen an und für sich Wind in die Segel geblasen hat, wollen wir keineswegs in Abrede stellen. Aber gegen die sozialdemokratischen Unterstellungen, er habe dies mit Absicht getan, müssen wir den Reichskanzler unbedingt in Schutz nehmen. Ja, wir sind davon überzeugt, daß er seine Angriffsworte sorgfältiger als geschehen abgemessen haben würde, wenn er geahnt hätte, welche gemeingefährlichen Gebrauch davon die Revolutionspartei machen werde.“

Ein schlauer Trick! Man weiß, wie solche Beschuldigungen nach oben wirken.

Auch eine „Reform“.

Wie wir bereits in der Sonntagnummer mitteilten, hat sich die Regierung eine große „Reform“ geleistet: der Bundesrat hat die Geltungsdauer der Einfuhrscheine für Getreide auf drei Monate herabgesetzt und ferner unterzagt, daß diese Scheine fürberhin bei der Entrichtung von Petroleum- und Kaffeezöllen von den Zollbehörden in Zahlung genommen werden.

Dadurch hofft man allem Anschein nach, die scharfe Kritik des Einfuhrscheinsystems beschwichtigen zu können. Eine lächerliche Selbsttäuschung; denn in Wirklichkeit hat diese sogenannte Beschränkung des Einfuhrscheinsystems recht geringen Wert. Bisher schon sind die Scheine fast reiflos im Laufe von drei Monaten verwandt worden, und soweit das nicht geschehen, können die Interessenten die Frist leicht einhalten, ohne in der Ausfuhr von Getreide behindert zu sein. So sind z. B. im Jahre 1908 von insgesamt 96 855 ausgestellten Scheinen nur 118 länger als drei Monate im Umlauf gewesen. Die Herabsetzung der Verwendungszeit hat daher praktisch keinen Wert, sie übt fast gar keinen Einfluß auf die Preisgestaltung aus. Mit der Nichtannahme der Einfuhrscheine bei der Zahlung von Petroleum- und Kaffeezöllen verhält es sich ebenso. Die Schädlichkeit des Einfuhrscheinsystems besteht in folgendem: es dient dazu, deutschen Roggen mit Hilfe einer Prämie von 50 M. pro Tonne aus der Reichsliste in das Ausland zu bringen. Die prämierte Ausfuhr ermöglicht es den Exporteuren, die Inlandspreise auch dann noch annähernd um den Zollbetrag über die Weltmarktpreise hinauszutreiben, wenn die Inlandspreise den Konsum übersteigt. Gute Roggenrenten in Deutschland verschaffen wohl dem Auslande billigen deutschen Roggen, nicht aber auch den einheimischen Konsumenten. Würde die Verwendbarkeit der Einfuhrscheine auf die Getreidearten beschränkt, für welche sie ausgestellt worden sind, dann wirkte das System nicht mehr als Ausführprämie, denn nur bei Roggen haben wir eine über den Bedarf hinausgehende Ernte, daher auch einen Ausführüberschuß. Bei den übrigen Getreidearten übersteigt die Einfuhr den Export. Da dieser Einfuhrüberschuß auch den Ausführüberschuß von Roggen weit übertrifft, kann die „Reform“ die Roggenausfuhr nicht beschränken, den Preis nicht beeinflussen.

Die folgenden Angaben beweisen das. Im Jahre 1900 sind insgesamt rund 98 Millionen Mark Zölle mittels Einfuhrscheinen beglichen worden, im Jahre 1910 rund 122 Millionen Mark. Davon entfielen auf Petroleum und Kaffee im Jahre 1900 rund 14 Millionen Mark, im letzten Jahre 16½ Millionen Mark. Die Annahme, die Beschränkung der Verwendbarkeit der Scheine auf Getreide würde die Roggenausfuhr verringern, ist falsch, denn es bleibt genügend Gelegenheit, die Scheine bei der Einfuhr anderer Getreidearten zu verwenden. Allein die Zölle für den Uberschuß bei der Weizeneinfuhr ergeben so ziemlich die ganzen Beträge der ausgestellten Scheine — im Jahre 1900 rund 122 Millionen Mark, im Jahre 1910 rund 118 Millionen Mark. Rechnet man die Zölle des Einfuhrüberschusses bei allen Getreidearten zusammen, dann ergeben sich für 1900 rund 198 Millionen Mark, für das letzte Jahr 174 Millionen Mark. Die wenigen Millionen, die bisher auf Zölle für Petroleum und Kaffee entfielen, können sehr leicht bei der Einfuhr von Weizen, Hafer, Mais und Gerste verwendet werden.

Aus dem bairischen Landtage.

München, 11. November 1911. Die Sitzung bringt zunächst die bereits gemeldete Erklärung der Zentrumsfraktion, daß die Stellung des Gesamtministeriums in dem Konflikt ungenügend und seine Fraktion nicht geschlossen sei, die parlamentarische Arbeit im Finanzausschuß nicht aufzunehmen.

Sodann spricht Genosse Müller-München als Generalredner der sozialdemokratischen Fraktion zum Etat des Kurfürsten. Er geht zunächst auf die Ausführungen des Zentrumsredners ein und betont, daß an der angeblichen Oede gegen das Zentrum wegen der Reichsfinanzreform das Zentrum selbst schuld sei. Die Betriebsgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen lehnt er ab, spricht sich aber grundsätzlich für Reichseisenbahnen aus unter der Voraussetzung, daß das Aufsichtsratsrecht des Reichstages in der weitestgehenden Weise ausgebaut wird. Sodann geht der Redner auf die Ent-

scheidungsgefühle und den Wert und die Bedeutung des Ausschusses für äußere Angelegenheiten ein, in dem Bayern der Vorsitz durch die Verfassung gesichert ist. Er machte der Regierung den schweren Vorwurf, ein ihr übertragenes Recht, das ein gewisses Gegengewicht gegen die Gefahren des persönlichen Regiments in Deutschland darstelle, nicht im Interesse des Volkes und Friedens ausgeübt zu haben. Weiter kommt Genosse Müller auf die Stellung der bayerischen Staatsregierung zur Sozialdemokratie und betont, daß diese auf dem Boden der bestehenden Gesetze die Grundzüge ihres Programms zur Durchführung zu bringen suche, aber alle gewalttätigen Maßnahmen verwerfe. Sie werde es verstehen, die ihr heute verweigerte politische Gleichberechtigung allen Regierungen und dem Zentrum zum Troste zu erkämpfen. Im weiteren kritisiert Genosse Müller in seiner satirischen, witzigen Manier den jetzigen Konflikt des Zentrums mit der bayerischen Regierung. Die politisch sehr bedeutsame Rede des Genossen Müller war eine halb mit eintrübendem Ernste, halb mit heikendem Humor, halb mit Hohn und Spott hingeworfene Kriegserklärung der sozialdemokratischen Partei gegen die bayerische Staatsregierung.

Nachdem der Bayernhändler Bock über die Reichsfinanzreform und die Marokkofrage gesprochen, nimmt der zweite Zentrumsredner Sped das Wort. Er macht dem Genossen Müller den nicht begründeten Vorwurf, daß er in dem schweren Konflikt zwischen Zentrum und Regierung die Rechte des Parlaments preisgegeben und sich vollständig auf die Seite der Regierung gestellt habe, daß also die Sozialdemokratie die Würde und Rechte der Volksvertretung nicht gewahrt habe. Sped spricht dann über die Finanzlage des bayerischen Staates und äußert sich wenig optimistisch über den Gesetzesentwurf der Staatsoctette. Auch er bespricht in langen Ausführungen sodann die Reichsfinanzreform und bemerkt, daß das Zentrum das Bewußtsein hat, in schwerer Zeit dem Vaterlande einen großen Dienst erwiesen zu haben.

Endgültiges amtliches Ergebnis der Stichwahl in Ratibor.

Bei der Reichstagsstichwahl im 7. Ratiborer Wahlkreise erhielten Grundbesitzer Sapeletta in Ratibor (Zentrum) 10 064 und Pfarrrer Banas in Lubowitz (Pole) 6625 Stimmen. Sapeletta ist somit gewählt.

Beamte, Wahlrecht und Freisinn.

Die „Freisinnige Zeitung“ polemisiert gegen das Organ des Verbandes Deutscher Beamtenvereine, in dem ausgeführt wird, daß der Beamte als Staatsbürger zwar volle Freiheit des Wahlrechts besitze, daß aber die Wahlfreiheit wenigstens insofern ihre Grenzen finde, als kein Beamter für eine Partei stimmen dürfe, die die Betonung republikanischer Gesinnung zur Pflicht mache. Das, so erklärt die „Freisinnige Zeitung“, vertrage sich nicht mit der vollen Wahlfreiheit und auch nicht mit der Betonung des Staatsbürgerrechtes der Beamten. Denn es gäbe Fälle, in denen auch der treueste und gewissenhafteste Beamte die Pflicht haben könne, in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten zu stimmen.

Bei den letzten preussischen Landtagswahlen las man es anders in der „Freisinnigen Zeitung“. Damals wurde ausdrücklich in dem freisinnigen Organ darauf hingewiesen, daß ein Beamter seinen Sozialdemokraten wählen dürfe, ja daß es eine Verleumdung sei, Beamten etwas derartiges zuzutrauen. Inzwischen hat sich also die liberale Auffassung der „Freisinnigen Zeitung“ dahin ausgeweitet, daß Beamte wenigstens in der Stichwahl sozialdemokratisch stimmen können. Offenbar zeigt sich das freisinnige Organ auch noch weiterhin entwicklungsfähig, so daß es nicht nur das unbedingte Recht der Beamten feststellt, nach seiner politischen Überzeugung sozialdemokratisch wählen zu können, sondern daß es auch entschieden für dieses Recht eintritt und durch seine Fraktionen im Parlament den gegen die Beamten gerichteten Wahlterrorismus der Regierung mit aller Entschiedenheit verurteilt!

Wegen der uferlose Flottenhebe

wendet sich in der „Bosnischen Ztg.“ der Vizemirala. D. Hoffmann. Der Verfasser weist gegenüber den jungliberalen Forderungen, daß Deutschland sich eine England ebenbürtige Flotte schaffen müsse, darauf hin, daß das deutsche Marinebudget 1911/12 einschließlich Neubauten den Betrag von 693 Millionen erreiche, daß aber England für denselben Zeitraum, gleichfalls einschließlich der Neubauten, nicht weniger als 1276 Millionen für seine Flotte ausgeben. Selbst also den Fall gesetzt, daß England bei einem forcierten Rüsten Deutschlands nicht gleichfalls seine Flottenrüstungen steigern, werde Deutschland nicht weniger als 600 Millionen mehr für seine Flotte ausgeben müssen, um die utopistischen Absichten der Nationalliberalen zu verwirklichen.

Selbst wenn die Einnahmen aus einer „scharf angespannten Erbschaftsteuer“ 200 Millionen jährlich ergeben sollten, bliebe noch eine ungeheure Summe zu decken, die natürlich wiederum durch indirekte Steuer aufzubringen sei. Hoffmann gelangt deshalb zu dem Ergebnis, daß es gar nicht möglich sei, Englands maritimen Vorsprung einzuholen. Das sei aber auch gar nicht nötig. Denn die jetzige Stärke der deutschen Flotte reiche völlig aus, Deutschlands Rechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nachdrücklich zu schützen.

Wir wollen uns diese Ausführungen der „Bosnischen Ztg.“ für jenen Zeitpunkt merken, wo der Reichstag sich wirklich mit der neuen Flottenvorlage zu beschäftigen haben wird. Doch hegen wir schon jetzt erhebliche Zweifel, ob der Freisinn sich dann dem Standpunkt seines Marinefachverständigen zu eigen machen und alle Wehrforderungen für die Flotte ablehnen wird!

Genosse Bebel hatte, wie er uns schreibt, die Absicht, in der heutigen Sitzung des Reichstages vor Eintritt in die Tagesordnung die folgende Erklärung abzugeben. Der Präsident, Dr. Graf Schwerin-Löwit, war aber nach Kenntnisnahme der Erklärung der Ansicht, er könne nicht anerkennen, daß der Erklärung eine Bedeutung zukomme, die deren Vortrag im Reichstag in der gewöhnlichen Weise rechtfertige. Es genüge, wenn dieselbe in der Presse veröffentlicht werde.

Bebel schickte uns deshalb die Erklärung zur Veröffentlichung. Sie lautet:

In der Sitzung vom 9. November hatte ich in meiner Rede geäußert, der Chefredakteur der „Post“ habe den Artikel des genannten Blattes vom 4. August, überschrieben „Krise und Rückzug“, erst am 24. desselben Monats als eine Fernentgleisung des stellvertretenden Redakteurs mißbilligt, obgleich er bereits am 6. August nach Berlin zurückgekehrt sei.

Die Redaktion der „Post“ legt Gewicht darauf, daß ich konstatiere, die Mißbilligung der formellen Entgleisungen jenes

Artikels sei schon wiederholt vor dem 24. August in der „Post“ ausgesprochen und dem betreffenden Redakteur bereits am 7. August, also unmittelbar nach Rückkehr des Chefredakteurs nach Berlin, gekündigt worden.

Schweiz.

Die Zusammensetzung des Nationalrats.

Bern, 12. November. Nach dem Ausfall der heutigen Stichwahlen wird sich der neue Nationalrat zusammensetzen aus 118 Freisinnigen, 87 katholisch-konservativen, 15 Sozialdemokraten, 12 Mitgliedern des liberal-protestantischen Zentrums und 7 Mitgliedern der sozialpolitischen Gruppe.

Frankreich.

Kriegsdiffe für Marokko.

Paris, 13. November. Die „Le Journal“ meldet, haben die in Villefranche ankernden Panzerkreuzer „Edgar Quinet“ und „Léon Gambetta“ Befehl erhalten, nach Marokko abzugehen. Aus Tanger wird gemeldet, daß El Mokri zum Großwesir ernannt worden ist.

Aus der Partei.

Eine Parteikonferenz für Ostfriesland

fand am Sonntag in Emden statt, die trotz der großen agitatorischen Schwierigkeiten auf dem Lande ein gutes Bild der Partei- und Finanzentwicklung gab. Ihr Hauptzweck war die Vorbereitung der Reichstagswahlen. Parteisekretär Schulz hielt das Referat und gab eine Uebersicht über die Art der wirksamsten systematischen Agitation und Organisation. Die Konferenz bewies in ihrem ganzen Verlauf, daß der Sozialismus in dem noch „dunklen Ostfriesland“ im richtigen Vordringsschreiten begriffen ist.

Gemeinderatswahlergebnisse.

Bei der Gemeinderatsergänzungswahl in Weida i. S.-W. behaupteten unsere Genossen mit vermehrter Stimmenzahl unsere zur Wahl stehenden 4 Mandate gegen den bürgerlichen Riksmasch. Westlagend schrieb die bürgerliche Presse, daß trotz des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien der Sozialdemokrat kein Mandat entfallen werden konnte.

In dem Weimarschen Städtchen Münchenbernsdorf wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

Bei der am Freitagabend in Remschüß bei Saalfeld (S.-Meiningen) stattgefundenen Gemeinderatswahl gelang es unserer Partei, zwei neue Genossen in den Gemeinderat zu bringen. Da wir nun von sechs Mandaten fünf inne haben, besitzen wir die Majorität im Remschüßer Gemeinderat.

In Schönberg (Bayern) wurden zum erstenmal 3 Sozialdemokraten in das Rathaus gewählt, ebenfalls 4 sozialdemokratische Ersatzleute.

Eine ganze Gemeindeverwaltung sozialdemokratisch.

In dem mittelfränkischen Dorfe Herzabelsdorf wurden bei der Gemeindevahl alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Auch zum Bürgermeister wurde ein Sozialdemokrat erwählt. Die ganze Gemeindeverwaltung, einschließlich der Ersahmänner, besteht nun aus Sozialdemokraten.

Die ersten Sozialdemokraten in einem preussischen Kreistage.

Zu der unter dieser Spitzmarke in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ gebrachten Notiz geht folgende Mitteilung zu: Die Genossen in Hörscheid und Ohlig sind nicht die ersten, auch nicht die einzigen Mitglieder in preussischen Kreistagen. Dem Nieder-Barnimer Kreistage gehörte Genosse Trauer-Lichtenberg an, dem Kreistage für Kettow-Beeskow gehört noch an Genosse Herbst-Röpend.

Soziales.

Das „Lichtenberger Tageblatt“ vor dem Gewerbegericht.

Der Verleger des „Lichtenberger Tageblatts“ ersucht unter Verzugnahme auf unseren Bericht über die Gewerbegerichtsverhandlung in Nr. 995 und auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender „Verächtigung“:

„Es ist nicht wahr, daß sich der Kläger bei dem Beklagten um eine gar nicht vakante Stelle als Redakteur und Verichterstatter bewarb. Es ist nicht wahr, daß die außerordentlich bescheidene Gehaltsforderung von 140 Mark pro Monat dem Beklagten verlockend genug war, um für den Bewerber die Stelle freizumachen. Es ist nicht wahr, daß der Kläger die neuesten Nachrichten am Telefon entgegenzunehmen halte. Es ist nicht wahr, daß der Kläger der einzige mit „redaktionellen“ Arbeiten beschäftigte Mann im Betriebe des Tageblattes gewesen ist.“

Das Preßgesetz verlangt, daß derartige Behauptungen als „Verächtigung“ aufzunehmen sind. Unser Bericht entsprach dem vor dem Gewerbegericht vorgetragenen Sachverhalt. Unsere Leser erfahren aus der „Verächtigung“ selbst, daß sie lediglich ohne Angabe des vermeintlichen wirklichen Sachverhalts Bestreitungen enthält. Der Verleger noch scheint anzunehmen, daß auch seine Tätigkeit als die eines mit „redaktionellen“ Arbeiten beschäftigten Mannes zu erachten sei.

Von einem Genossen, der auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in den ersten Reihen steht, geht und nachstehender Ausruf mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu. Wir entsprechen dem Ersuchen und geben auch, dem Wunsch des Einfinders folgend, der gesamten Parteipresse anheim, den Ausruf abzudrucken.

Da die Arbeitervertreter in den Vorständen und Ausschüssen des Landesversicherungsanstalten.

Am 1. Januar 1912 tritt das neue Gesetz über die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung in Kraft.

Die Statuten der Versicherungsanstalten müssen bis dahin entsprechend abgeändert werden.

Den Tag, bis zu welchem dies zu geschehen hat, bestimmt das Reichsversicherungsamt, bezw. die zuständigen Versicherungsämter (§ 81 des Einführungsgesetzes).

Das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Arbeitgeber bei der Invalidenversicherung ist bekanntlich eine Karikatur; die Entscheidung liegt bei den Regierungsbeamten.

Bei der nun vorzunehmenden Statutenänderung ist es möglich, diesen unwürdigen Zustand, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu mildern.

Nach § 1338 der Reichsversicherungsordnung muß das Statut bestimmen, für welche Gegenstände im Vorstande der Versicherungsanstalten die Mitwirkung der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten erforderlich ist.

Hier ist dergestalt einzusehen, als man diese Gegenstände gegenüber den jetzigen Bestimmungen wesentlich erweitert.

Die Statuten werden vom Ausschuss beschloffen, ebenso die Änderungen. In beiden Fällen ist in der Regel eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, die nur mit Hilfe der Arbeitgebervertreter erreicht werden kann. Auf jeden Fall muß der Versuch in allen Versicherungsanstalten gemacht werden. Dringen wir damit nicht durch, so lehnen wir jede Verantwortung für die Verwaltung und ihre Entscheidungen ab und richten auch unser Verhalten entsprechend ein.

Die Mitglieder in den Vorständen und Ausschüssen mögen sich über diese Frage umgehend verständigen. Gile tut not!

Gewerkschaftliches.

Gärung unter den Ruhrbergleuten.

Im Ruhrrevier fanden am Sonntag in Bochum, Essen, Oberhausen, Bruchhausen, Lünen, Ramen und Hamm größere Bergarbeiter-Versammlungen statt. Die Versammlungen waren alle massenhaft besucht. In allen Versammlungen wurde zur gegenwärtigen Teuerung und zu der Lohnfrage Stellung genommen. Die größte und am stärksten besuchte Versammlung fand in Bochum im großen Saale des Schützenhofes statt. Dieser Saal, in dem schon so manche denkwürdige Versammlung der Ruhrknappen getagt hat, bildete auch Sonntag wieder das Ziel der Bergleute aus der näheren und weiteren Umgegend von Bochum. Trotz schlechten Wetters strömten die Knappen in Scharen herbei. — In der Bochumer Versammlung sprachen die Genossen Sue und Husemann vom Bergarbeiter-Verband. Scharf gingen die Redner mit der „bewährten“ Wirtschafts- und Sozialpolitik des deutschen Reiches ins Gericht. An zahlreichen Beispielen wiesen sie nach, wie durch diese Wirtschaftspolitik die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert wird. Die Regierung habe es abgelehnt, selbst den von christlicher Seite gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung zu geben, es würde also von dort keine Erleichterung zu erwarten sein. Auch die vielfachen, von den Gemeinden angewandten Mittel wären nicht geeignet, den unter den Teuerungsverhältnissen besonders leidenden Bergleuten dauernd Erleichterung zu bringen. Die den Arbeitern von den Werkverwaltungen angebotenen Lebensmittel seien vielfach noch teurer als im Detailhandel. Auch würde die Lieferung von Lebensmitteln dazu benutzt, um Mitglieder in die gelben Werkvereine hineinzubekommen. Die Arbeiter sollten dadurch zu willenslosen Seloten herabgewürdigt werden. Nach Lage der Verhältnisse bleibe den Bergleuten nichts anderes übrig, als zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Die Löhne der Ruhrbergleute waren von 1907 bis 1909 ständig rückgegangen. Die geringe Steigerung, die seit 1909 eingetreten ist, könne die bedeutend gestiegenen Preise der Bedarfsartikel und Lebensmittel nicht weitmachen. Der Lohn der gesamten Bergleute des Ruhrgebietes stehe heute noch 33 Pf. niedriger als 1907, während die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer, Lehrhauer) sogar pro Schicht 63 Pf. weniger Lohn erhielten wie 1907. Jetzt würden sogar noch Lohnreduzierungen vorgenommen. Es gäbe Werkverwaltungen, die bei einem Hauerlohn von nicht mal 4,50 Mk. pro Schicht eine Reduzierung des Wagengedinges von 10 Pf. vorgenommen hätten. Hauerlöhne von 4,00 bis 4,50 Mk. seien keine Seltenheit. Ein großer Teil der Bergleute sei ob dieser Verhältnisse empört. Die Bergleute müßten selbst Hand ans Werk legen. Die Bergarbeiterorganisationen müßten zur Lohnfrage Stellung nehmen. Es sei nicht unter allen Umständen das Bestreben des Verbandes, das Wirtschaftsleben zu erschüttern, aber die Lohnverhältnisse könnten auch nicht so bleiben. Wenn alles nichts nütze, dann dürften die Arbeiter auch vor dem letzten Mittel nicht zurückzucken. Die Zeiten wären ernst. Die Bergleute müßten rüsten, damit der erste Augenblick kein schwebendes Geschlecht fände!

Diese Ausführungen fanden in der Versammlung ungeteilten Beifall. Soweit sich Diskussionsredner meldeten, wurde das von den Referenten Gesagte bestätigt. In der Versammlung in Essen machte ein Vertreter der gelben Werkvereine den Versuch, die Lebensmittelbeschaffung durch die Werkvereine und Grubenverwaltungen zu verteidigen. Es war dem Referenten selbstverständlich ein Leichtes, diesen Behauptungen abzuwehren.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt, jedoch haben die Ruhrbergleute durch den massenhaften Besuch zu erkennen gegeben, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Eisenkonstruktoren dauert fort. Der Verband der Berliner Eisenbauanstalten hat es abgelehnt, sich der Vermittlung des Hansabundes zu bedienen.

Der Ausschank der Bahnhöfe-Bräuerei, Friedrichstr. 71, ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Der Oekonom will jetzt, um den Vertragsbruch zu demütigen, einzelne Verbandsmitglieder wieder einstellen, von denen er annimmt, daß sie schließlich doch der Organisation den Rücken kehren würden. Von diesen so beschrien ist die Wiederaufnahme der Arbeit aber abgelehnt worden.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Der Streik bei der Firma Gebrüder Richter ist beigelegt. Die Firma verhandelte gestern mit den Vertretern der Organisation und erklärte sich bereit, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anzuerkennen. Der größte Teil der Arbeiter nimmt die Arbeit am heutigen Tage wieder auf. Die übrigen Leute werden nach und nach eingestellt.

Deutsches Reich.

Die Schweger Lederfabrikanten und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter. Die schon kürzlich gemeldete Kündigung der organisierten Lederarbeiter in Schwager durch die dortigen Lederfabrikanten hat ihren Grund nur in dem Haß oder der Furcht der dortigen Lederfabrikanten gegenüber dem Lederarbeiterverband. Irrendwelse Forderungen haben die Lederarbeiter nicht erhoben. Die lebhaft betriebene Agitation des Lederarbeiterverbandes hat den Schweger Lederfabrikanten einen so heillosen Schrecken eingejagt, daß sie sich schließlich vereinigt und einen gemeinsamen Beschluß gefaßt haben, alle im Lederarbeiterverband organisierten Arbeiter zu entlassen, falls die Betroffenen nicht ihren Austritt aus dem Lederarbeiterverband vollziehen würden. Das Sinauswerfen der organisierten Lederarbeiter begann bei der Firma Joh. Döhle. Dann folgte die Firma Schmidt u. Co. Bei dieser Firma wurde eine Versammlung in der Fabrik abgehalten und den Mitgliedern des Lederarbeiterverbandes der Auftrag erteilt, innerhalb 4 Tagen ihren Austritt aus dem Lederarbeiterverband zu vollziehen. Als die Arbeiter sich weigerten, dies zu tun, wurden fünf von den organisierten Lederarbeitern sofort entlassen. Anstatt ihnen aber den Lohn für 14 Tage ausbezahlen, erhielten sie nur den ortsüblichen Lohn für 8 Tage ausbezahlt. Es wird deshalb noch zur Klage gegen die Firma kommen. Eine vom Gauleiter des Lederarbeiterverbandes nachgesuchte Unterhandlung mit der Firma Schmidt endete mit der Erklärung der Firma, daß der von 10 Schweger Firmen gefaßte Beschluß, keine Mitglieder des Lederarbeiterverbandes mehr zu beschäftigen, auch nur gemeinsam von den 10 Firmen aufgehoben werden könne.

Die Kötigung der Schweger Lederfabrikanten, den Lederarbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht aufzugeben, findet natürlich keinen Staatsanwalt als Kläger. Der Lederarbeiterverband aber wird den Angriff der Schweger Lederfabrikanten übersehen und sich in seiner Agitations- und Aufklärungsarbeit nicht stören lassen.

Organisierter Arbeitererrat.

Daß die herrschende Gesellschaft die Unterdrückten zu korrumpieren versucht, ist nichts Neues; sie handelt nach dem Grundsatz: Teile und herrsche! und scheut kein Mittel, ihn durchzuführen. Ein sprechendes Zeugnis dafür sind die berüchtigten Gelben. Aber

Diese Spaltung genügt ihr noch nicht; Bettler sind immer eine unzuverlässige Truppe, und so suchte sie sich denn noch andere Soldaten im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterkraft. Wo sie diese findet, zeigt ein Zirkular der „Eisen-Zeitung“, des Organs des deutschen und des österreichischen Formnermeisterbundes, das ein gefälliger Wind der „Leipziger Volkszeitung“ auf den Tisch wehte. Die hier in Betracht kommende Stelle des „vertraulichen“ Zirkulars heißt:

Vertraulich! Berlin S. 42, 25. September 1911.
betrifft Metallarbeiterstreik! Oranienstr. 141.

Sehr geehrter Herr!

Es entzieht sich zwar unserer Kenntnis, ob Sie durch den Metallarbeiterstreik mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen sind; jedenfalls haben Sie Ihre Formnermeister wohl ohne Ausnahme auf Ihrer Seite gefunden. Etwas anderes könnte auch kaum erwartet werden, da der Formnermeisterbund sich lediglich die Verfolgung der Sachinteressen zum Ziele gesetzt und außerdem seine unerrückbare Stellung gegen die organisierten Formner und Gießeiarbeiter seinerzeit in einem vertraulichen Zirkular ausdrücklich dokumentiert hat.

Ihr eigenes Interesse erheischt es somit, dem Formnermeisterbund, der zurzeit 1000 Mitglieder zählt, etwas mehr Beachtung und Entgegenkommen zu beweisen, auf die er nach Lage der Sache mit einer gewissen Berechtigung Anspruch erheben darf.

In erster Linie handelt es sich nun darum, die Namen und Adressen aller in Deutschland beschäftigten Formnermeister festzustellen, um die dem Bunde noch nicht angehörenden über die Bundeszwecke aufzuklären und zum Eintritt anzuregen. Würden Sie sich der kleinen Mühe unterziehen und uns die Namen mit Adressen der in Ihrem Betriebe tätigen Formner- bzw. Gießeiarbeiter aufgeben?

Das Zirkular betitelt dann die „Herrn Chefs“ an, auf die „Eisen-Zeitung“ zu abonnieren, und beigefügt ist ihm außerdem das angelegte vertrauliche Zirkular über die Stellung des Formnermeisterbundes zu den organisierten Formnern und Gießern, das folgenden Wortlaut hat:

„Erklärung des Deutschen Formnermeisterbundes im Oktober 1909.“

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Meister am besten imstande ist, Charakter und Sentiment der ihm unterstellten Leute zu beurteilen, da er ständig mit ihnen im Verkehr bleibt, während viele Chefs oft ihre Leute kaum dem Namen nach kennen lernen. Der Meister wird mithin die unruhigen, störenden Elemente bald herausfinden und im Auge behalten. Bei der Entlassung solcher Arbeiter verständigt der Meister seine Bundeskollegen über die Entlassungsgründe. Auf diese Weise werden nicht nur die Heber lahmgelegt und Streiks vermieden, sondern die Tatsache hat sofort vorbeugende Kraft, als derartige Elemente bereits vermeiden, in den Gießeireien, deren Meister dem Bunde angehören, Stellung zu nehmen, weil sie wissen, daß sie dort kein Glück mit ihrer Raubwurstarbeit haben.

Der Vorstand des Deutschen Formnermeisterbundes richtet an die Herren Gießeireibesitzer die ergebene Bitte, daß sie die in ihren Betrieben beschäftigten Meister auf den Deutschen Formnermeisterbund und seine Ziele aufmerksam machen und ihnen den Beitritt zu dem Bunde empfehlen.“

Der Formnermeisterbund präsentiert sich hier also offen als Prätorianergarde des Eisenkapitals, bereit, zu dessen höherem Profit tausende und abertausende ehrliche Arbeiter dem Hunger zu überliefern. Den Metallarbeitern wird dadurch auch mancher Vorgang verständlich, der sich in den Kämpfen der letzten Jahre abgespielt hat. Das schlimmste ist, daß dieser Verrat von Leuten geübt wird, die selbst Ausgebeutete des Kapitals sind, die selbst alle Ursache hätten, mit ihren Leidensgenossen Schulter an Schulter gegen Ausbeutung und Unterdrückung anzukämpfen. Aber das Kapital korumpiert nicht nur den Mann der Wissenschaft, der für Geld seine Feder verkauft, es korumpiert auch die Mittelschichten der arbeitenden Bevölkerung, soweit diese charakterlos genug sind, den Versuchungen nicht zu widerstehen. Hoffentlich genügt aber die Veröffentlichung dieser „Kulturdokumente“, um den rückgratfestesten Teil der Mitglieder des Formnermeisterbundes zur klaren Stellungnahme zu veranlassen, andernfalls ist der Bund in den Augen jedes ehrlichen Menschen gerichtet.

Lohnbewegung der Kellnerinnen in München.

Im Dezember 1910 und Januar 1911 wurde durch den Verband deutscher Gastwirtsgehilfen mit mehreren Gastwirten ein Tarifvertrag abgeschlossen. Bei zwei Gastwirten kam es zu einer Arbeitsniederlegung. Die Entlohnung der Kellnerinnen ist äußerst schlecht. Lohn wird fast nirgends gezahlt, oder es werden den Kellnerinnen einige Mark pro Monat gezahlt, gerade so hoch, daß es zum Abzug für Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge ausreicht. Die Arbeitszeit ist bekanntlich sehr lang, und das Trinkgeld, die einzige Einnahmequelle, hat in den letzten Jahren bedeutend nachgelassen. Dagegen werden unerhöht hohe Abgaben verlangt. Die Kellnerinnen haben Druck- und Bußgelder zu bezahlen. In vielen Fällen wird pro Tag 60 Pf. und darüber von der Kellnerin verlangt. Nichtbestehener müssen zerbrochene Sachen extra bezahlt werden. Für Benutzung der Toilette und der Garderobe wird von den Kellnerinnen nicht selten Bezahlung verlangt; die Bier- und Wassermädchen haben sie mit 1 M. bis 1,50 M. pro Tag zu bezahlen. Die Kellnerinnen haben Zeitungen und Wochenschriften auf ihre Kosten zu halten. Die auf den Tischen stehenden Blumen werden von den Trinkgeldern der Kellnerinnen bezahlt. Ein ganz sinniger Restaurateur ging sogar dazu über, seine Services zu vermieten.

Am endlich einmal diese verworrenen Lohnverhältnisse zu regeln, unterbreitete die Organisation den in München bestehenden Wirtevereinen einen Lohnarif. Es werden als Lohn — wenn von Lohn überhaupt gesprochen werden kann — ohne Kost 25 M. verlangt. Aber selbst das war den Wirten noch zu viel. Verhandlungen, die nachgelehrt wurden, schleppten sich den ganzen Sommer hin. Ein Wirteverein schloß mit dem Verbande einen auf ein Jahr gültigen Tarif ab, während sich die anderen weigerten, einen Tarif abzuschließen; darunter sind auch jene, die schon im vorigen Jahre befristet wurden. Der Verband der Gastwirtsgehilfen macht den Vorschlag, das Einigungsamt anzurufen; auch diesem Vorschlag hat die Mehrzahl der Wirte nicht zugestimmt, so daß es in nächster Zeit zur Arbeitsniederlegung kommen kann.

Die Internationale des Friedens.

In allen Versammlungen, über die wir in der 2. Beilage ausführlich berichten, wurde unter stürmischen Beifallstundgebungen folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist sich bewußt, daß die Kriegsgefahr von der kapitalistischen Politik aller Staaten unzertrennlich ist. Die herrschende Sozialpolitik sucht jede Nation von einem Stück des Weltmarktes auszuschließen. Sie steigert dadurch den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und treibt sie zu einer gewaltigen Expansions- und Kolonialpolitik, die rückwirkend die Kriegsgefahr vergrößert. Diese Politik hat das riesenhafte und stets sich beschleunigende Betrüben der kapitalistischen Staaten zur Folge, das wachsenden Steuerdruck bedingt, ohne auch nur für die notwendigsten Kulturaufgaben Mittel übrig zu lassen.

Diese Politik hat über die Welt eine Aera großer Kolonialkriege heraufbeschworen. Immer näher rückt die Gefahr, daß die entwickeltesten europäischen Nationen selbst in den Entscheidungskampf um den Kolonialbesitz hinein-

gezogen werden. Hat das Marokkoabenteuer der deutschen und französischen Regierung bereits die Kriegsgefahr zu einer akuten gemacht, so hat jetzt die italienische Regierung durch ihren sribolen Ueberfall auf türkisches Gebiet den Krieg zwischen zwei europäischen Mächten entzündet. Die Befürchtung ist nun allgemein gerechtfertigt, daß dieser Krieg in seiner Folge auch andere Nationen in seinen verderblichen Strudel reißt.

Die Versammlung brandmarkt die freche Friedensföhrung durch die italienische Regierung; sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der dem Völkerecht hochsprachenden Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsföhrung und kennzeichnet insbesondere die Erschießung der kriegsgefangenen Araber als feigen Mord.

Die Versammlung drückt den türkischen und italienischen Opfern dieses Krieges ihre wärmste Anteilnahme aus; sie sendet ihren Brüdern und Klassengenossen der Türkei und in Italien ihren Gruß und weiß sich in der unerbittlichen Feindschaft gegen den Krieg eins mit dem Proletariat der gesamten Welt.

Die Versammlung dankt insbesondere ihren Genossen in Saloniki für den nützigen Protest und dem italienischen Proletariat für die fühne Tat des Demonstrationsstreiks, durch die es jede Gemeinschaft mit der Barbarei seiner Völkerrichter von sich gewiesen hat. Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus unfähig gewesen ist, die gewaltigen Produktivkräfte der vergesellschafteten Produktion länger zu beherrschen, daß sein Bestehen Teuerung und Kriegsgefahr in der Permanenz bedeutet und deshalb mit dem kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschheit unvereinbar geworden ist. Sie warnt die Herrschenden vor den notwendigen Folgen kriegerischer Abenteuer und erklärt, alles daran zu setzen, um der Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern, die die Vorbedingung ist für die Vergesellschaftung der Produktion, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Denn der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede.

Demonstrationsversammlungen im Reiche.

Eine große Demonstrationsversammlung gegen die Raubpolitik Italiens

und gegen die kapitalistisch-imperialistische Weltpolitik im allgemeinen veranstaltete am Sonntag die Arbeiterkraft von Gera (Reuß). Nach Referaten der Genossen Landtagsabgeordneter Leber und Parteisekretär Knauf wurde einstimmig eine längere Resolution angenommen, in der die Raubpolitik der „Kulturstaaten“ beurteilt wurde und die Arbeiter aufgefordert wurden, sich um die Fahne der Sozialdemokratie zu scharen und bei der Reichstagswahl die Kriegsheter hinwegzuführen.

In Weikensfeld wurde am 12. November vor mehr als 2000 Besuchern eine prächtig verkaufene Protestversammlung mit einstimmiger Annahme der bekannten Resolution nach einem Referat des Genossen Frickner gegen den kapitalistischen Imperialismus und die Gefahren eines Weltkrieges abgehalten.

In fünf Versammlungen, die trotz des herrschenden Regewetters sämtlich überfüllt waren, protestierte das Proletariat von Gannover und Linden am Sonntag mittag in einer einflussreichen Weise gegen den Wanditzzug Italiens wie gegen den völkerverbeugenden Imperialismus überhaupt. Die scharfe Kennzeichnung des unverantwortlichen, von Wahrscheinlichkeiten diktierten Vorgehens der Seydebrand, Wassermann und Konsorten in den jüngst vergangenen Reichstags-sitzungen weckte in allen Versammlungen stürmische Zustimmung. Der Resolution des Parteivorstandes wurde überall einmütig zugestimmt.

Eine verbotene Friedensdemonstration unter freiem Himmel.

Auf Sonntag, den 12. November, hatte der Sozialdemokratische Verein Mülhausen i. E. auf den freien Platz des überdeckten Ill-Schwabwasserkanals vor der neuen Markthalle eine öffentliche Demonstrationsversammlung gegen den italienischen Raubzug nach Tripolis und für den Völkerrfrieden einberufen. Die Versammlung wurde indes in letzter Stunde auf Veranlassung des Ministeriums in Straßburg von dem Polizeipräsidenten in Mülhausen verboten, weil sie „geeignet wäre, die öffentliche Sicherheit zu gefährden“. Die in Wirtschaften ausgehängten Plakate mit der Anzeige der Versammlung wurden polizeilich eingezogen und der Anschlag an den Plakatsäulen untersagt, weil die Plakate angeblich „beleidigende Ausdrücke gegenüber einer befreundeten Macht“ enthielten. Diese Ausdrücke bestanden darin, daß auf den Plakaten von „kapitalistisch-imperialistischer Raubpolitik“ und von einem „italienischen Raubzug nach Tripolis“ die Rede war.

Die Parteileitung in Mülhausen hatte ohnehin für den Fall ungünstiger Witterung eine öffentliche Versammlung in den größten ihr zur Verfügung stehenden Saal einberufen, die — zum Teil wohl dank dieser polizeilichen Reklame — zum Erdrücken besucht war. Hunderte mußten infolge Platzmangels umkehren. Das Referat des Arbeitersekretärs Genossen A. Weidner, das in schärfster Weise die koloniale Raubpolitik geißelte und das Treiben der kriegsbeherischen Clique in Deutschland, wie es die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage dartaten, unter stürmischem Beifall zurückwies, wurde für die zahlreichen italienischen Arbeiter in Mülhausen ins Italienische überfetzt. Die imposante Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall, wie dies auch bei der verbotenen Massenversammlung unter freiem Himmel der Fall gewesen sein würde.

Letzte Nachrichten.

Feuer im Warenhaus von A. Wertheim.

Durch die Meldung „Mittelfeuer“ wurden gestern abend kurz nach 10 Uhr sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach dem Warenhaus von A. Wertheim in der Oranienstraße gerufen. — Der Brandherd lag im Kesselhaus, und zwar hatte sich Verdopplungsmaterial an einer Rohrleitung entzündet. Das Feuer konnte in kurzer Zeit mit einem Rohr der Gausleitung erstickt werden, so daß die Löschzüge bald wieder in ihre Depots zurückkehren konnten. Der Brand ist vermutlich durch Ueberhitzung einer Maschine verursacht worden.

Son der Cholera.

Sofia, 13. November. (W. T. B.) In einem Dorfe des Bezirks Karnobat sind sieben Erkrankungen an Cholera, davon drei mit tödlichem Ausgange, und sieben choleraverdächtige Fälle festgestellt worden.

Reichstag.

204. Sitzung vom Montag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht die von den Abgg. Adreht und Genossen (Soz.) eingebrachte Interpellation betreffend Entlassung von Arbeitern der Reichseisenbahnen.

Sie hat folgenden Wortlaut:

Es ist dem Reichskanzler bekannt, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger, durchaus zufriedenstellender Arbeit aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren?

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um solch willkürliches, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?

Nachdem der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält zu ihrer Begründung das Wort

Abg. Emmel (Soz.):

Im Juli d. J. wurden der Vorsitzende und der Schriftführer des in Rühlhausen gegründeten Eisenbahnarbeitervereins entlassen und etwas später, am 21. Juli, der Vorsitzende und Schriftführer des elsass-lothringischen Eisenbahnarbeiterverbandes und der Redakteur des Verbandsorgans. Sämtliche fünf Personen wurden nicht wegen ihrer Tätigkeit im Arbeitsverhältnis entlassen, sondern weil die Eisenbahnverwaltung sich herausnahm, in das außerdienstliche Verhalten einzugreifen, und weil diese Personen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kollegen vertreten hatten. Die Organisation, um die es sich handelt, hat diesen Zweck ausdrücklich im Statut festgelegt, während parteipolitische Bestrebungen nach dem Statut ausdrücklich ausgeschlossen sind. Dazu kommt, daß diese Satzungen von der Eisenbahndirektion genehmigt sind. Die Eisenbahnarbeiter haben die Satzungen ganz überflüssigerweise der Direktion zur Genehmigung eingereicht und mit der Gründung des Vereins so lange gewartet, bis die Statuten genehmigt waren. Trotzdem konnte der Verein nicht in Tätigkeit treten, sondern dem Vorstand des Rühlhauser Vereins wurde von dem Werkstättenvorsteher eröffnet, es würden

in jede Versammlung einige Beamte geschickt werden und es sei die Tagesordnung zu jeder Versammlung einzureichen; würde das nicht gebildet werden, so hätte der Vorsitzende die Konsequenzen zu tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es wurde ihm also offen gedroht, er persönlich würde den Schaden haben, wenn er sich ein derartiges Vorgehen nicht gefallen ließe. In seiner Beschwerde bei der Generaldirektion wies der Vorsitzende auf das Gesetzwidrige dieses Vorgehens hin und auf die Auswehungen des Chefs der Reichseisenbahnverwaltung im Reichstage und im Abgeordnetenhaus, worin betont war, den Arbeitern würden keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn sie sich vereinen man verlange von ihnen nur, daß sie nicht das Streikrecht proklamieren und nicht parteipolitisch in sozialdemokratischem Sinne tätig seien. Trotzdem wurde dem Vorsitzenden vom Oberregierungsrat Meyer in Straßburg erklärt, der Werkstättenvorsteher habe mit Genehmigung der Generaldirektion gehandelt und man beharre auf der Durchführung des Verlangens. Nach langen Verhandlungen erklärte sich aber der Oberregierungsrat Meyer damit einverstanden, daß nur auf der Generalversammlung ein Beamter zugegen sei und daß nur die Tagesordnung der Generalversammlung 8 Tage vorher eingereicht werden müsse. Da der Oberregierungsrat mit Maßregelungen drohte, wenn man dies nicht tat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), erklärte man sich schließlich damit einverstanden.

Sehr bald aber verlangte man nun dasselbe für alle Versammlungen des Vereins resp. Verbandes. Als die Arbeiter von der Anwesenheit des Beamten nun wenigstens etwas profitieren wollten, und ihn in Sachen, in denen sie zweifelhaft waren, um Rat fragten, erklärte der Vertreter der Generaldirektion, der die Tagesordnung schon acht Tage vorher hatte, er sei

nur zur Beobachtung da, nicht um Auskunft zu erteilen, und auf eine Bitte an die Direktion, den Beamten zu gestatten, auch Erklärungen abzugeben, wurde dies abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Am 10. Juni d. J. wurde in einer Versammlung nach Erledigung der Tagesordnung noch eine ganz interne Sache verhandelt, nämlich ein Ausschlussantrag gegen ein Mitglied. Da dies mit dem Werkstättendienst absolut gar nichts zu tun hatte, und da viele Arbeiter, so lange der Beamte als Beobachter, als Spion da war, mit der Sprache nicht frei herausgehen, wurde der Beamte aufgefordert, bei dieser Angelegenheit das Lokal zu verlassen. Da er erklärte, er tue das nicht, wurde ein Antrag an die Versammlung gestellt, und diese beschloß einstimmig, der Beamte habe das Lokal zu verlassen. Erst daraufhin ging er.

Etwa zwei Monate später wurde der Vorsitzende und der erste Schriftführer über diesen Vorgang zu Protokoll vernommen und am Tage darauf entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihre Beschwerde wurde ihnen erwidert, sie hätten

gehört und ausgewiegt,

und deshalb entlassen werden müssen. Sie könnten darauf hinweisen, wenn es ihnen darum zu tun gewesen wäre, so hätten sie die stark erregten Arbeiter sehr leicht zur Arbeitsniederlegung veranlassen können; aber gerade sie waren es, die Gemahregelungen, welche die Arbeiter gewarnt und zur Ruhe gemahnt haben. Oberregierungsrat Meyer erklärte freilich, wenn die Arbeiter wirklich gestreift hätten, so hätte man einfach die Werkstätten geschlossen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In seinem Kopfe scheinen sich die Verhältnisse recht eigenartig wiederzuspiegeln.

In dem Kündigungs schreiben wird der Tatbestand ebenso geschildert, wie ich ihn dargestellt habe, und es wird in dem Verhalten der Arbeiter eine

Schorsamverweigerung,

eine Disziplinwidrigkeit erblickt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), da der Auftrag des Beamten sich auf den ganzen Verlauf der Versammlung erstreckt habe. Dies Kündigungs schreiben beweist klar, daß lediglich die Vereinständigkeit der Grund zur Kündigung war. Wenn der Arbeiter außerhalb des Dienstes in der Tätigkeit des Vereins zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen nicht das tut, was die Generaldirektion verlangt, so soll das eine grobe Disziplinwidrigkeit sein. Die Generaldirektion meint, ihre Befugnisse soweit auf das außerdienstliche Verhalten der Arbeiter erstrecken zu können. Sie hat aber gar kein Recht, derartig in die Privatverhältnisse der einzelnen einzugreifen und den Leuten vorzuschreiben, was sie zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu tun und zu lassen haben. (Zustimmung b. d. Soz.) In dem Kündigungs schreiben wird noch betont, die Kündigung sei mit Genehmigung der Generaldirektion in Elsaß-Lothringen erfolgt, und sehr charakteristisch ist die Aeußerung eines Regierungsrats:

„Wenn noch das geringste vorkommt, wird der Verein aufgelöst; es liegt ein direkter Befehl des Ministers vor.“

Das letztere möchte ich noch bezweifeln, da der Minister sich im Reichstage ganz anders ausgesprochen hat. Woher nimmt man aber das Recht zu einer derartigen Drohung. Die Generaldirektion hat ebensowenig ein Recht zur Auflösung des Vereins, wie sie ein Genehmigungsrecht für die Statuten hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Einreichung der Statuten war ein durchaus freiwilliger Akt der Arbeiter.

Der eine der entlassenen Arbeiter war 11, der andere 8 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt gewesen und sie hatten nie zu dienstlichem Zweck Veranlassung gegeben. Der § 1 des Reichsbereinigungs-gesetzes gestattet allen Reichsangehörigen das Recht zu, Vereine zu bilden. Er statuiert nicht etwa die Rechte der Staatsbürger nur der Polizei gegenüber, sondern er statuiert schlechthin das Recht aller Reichsangehörigen, sich in Vereinen zusammen zu schließen und sich zu veranlassen. Unter gewissen Umständen hat die Polizeibehörde das Recht der Ueberwachung und der Auflösung, nirgends aber ist dem Arbeitgeber ein solches Recht gegeben, und die Eisenbahnbeförderung kommt den Arbeitern gegenüber nur als Arbeitgeber in Betracht. Es wäre doch sehr eigentümlich, wenn eine Reichsbeförderung sich auf den Standpunkt stellt, der Grundlag, der an der Spitze des Reichsbereinigungs-gesetzes steht, braucht von ihr nicht beachtet zu werden. Nirgends sonst wird sich wohl ein Unternehmer herausnehmen, die Versammlungen seiner Arbeiter zu überwachen und zu verlangen,

daß die Statuten ihrer Vereine ihm zur Genehmigung vorliegen müssen. Nur die Generaldirektion der Eisenbahnen in Straßburg hat sich dieses Recht angemacht, und dagegen muß mit aller Schärfe protestiert werden. Sie nimmt sich ja viel größere Rechte heraus, als das Gesetz der Polizei einräumt. Das muß entschieden zurückgewiesen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich könnte mich auch auf die Gewerbeordnung beziehen. Nun läßt man sich freilich auf § 6 der Gewerbeordnung, wonach die Betriebe der Eisenbahnverwaltung der Gewerbeordnung nicht unterliegen. Aber alle Befehle, welche die Koalierung von Arbeitern verbieten, sind längst aufgehoben, es besteht kein Gesetz, das die Vereinigung von Eisenbahnarbeitern zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile unterjagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Hinweis auf § 6 der Gewerbeordnung beweist nichts. Weil kein Reichs- und Landesgesetz besteht, das die Koalierung verbietet, deshalb ist die Koalierung erlaubt. Irgendwelche formelle Verweigerung besteht also nicht für die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, zu verhindern, daß die Eisenbahnarbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen. Sie sind Reichsangehörige so gut wie jeder andere und haben dieselben Rechte. Es ist daher

Mißbrauch der Amtsgewalt,

wenn die Generaldirektion den Eisenbahnarbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen bestrift ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Unternehmerwillkür, Ausbeuterwillkür, die sich hier breit macht, wenn man den Arbeitern droht, sie entlassen zu wollen, falls sie sich dem nicht fügen, was ihnen seitens der Generaldirektion zugemutet wird. Der neugewählte Landtag von Elsaß-Lothringen wird alle Ursache haben, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und zwar beim Justizetat. Die Staatsanwaltschaft wird auf die Beamten der Reichsbehörden ein wachsames Auge haben müssen, wenn sie solche Drohungen und Erpressungen gegenüber Arbeitern vornehmen. Am 12. März 1910 hat der Chef der Reichseisenbahnverwaltung hier im Reichstage erklärt, daß die Verwaltung ihren Arbeitern den Anschluß an Vereine verbiete, die den Streik propagieren. Davon ist in diesem Fall nicht die Rede. Er sagte ferner, die Eisenbahnarbeiter dürften sich nicht für die Sozialdemokratie betätigen, im übrigen hätten sie freie Bewegung nach jeder Richtung. Dieser Standpunkt ist unberechtigt, denn es ist das Recht jedes Staatsbürgers sich der politischen Partei anzuschließen, die ihm zusagt. Über selbst von diesem Standpunkt des Ministers aus sind die Maßnahmen der Generaldirektion nicht zu billigen, denn sie treffen auch Arbeiter, die ausgesprochenemmaßen einer anderen Richtung angehören, als der Sozialdemokratie.

Weiter sagte der Minister damals: „Jeder Arbeiter hat die Sicherheit, daß er nur entlassen wird unter denselben Voraussetzungen wie der Beamte. Wenn wir auch kein formelles Disziplinarverfahren einleiten, so behandeln wir die Arbeiter doch nach den gleichen Grundregeln.“ In den angeführten Fällen sind aber keineswegs bei der Entlassung der Arbeiter die Rechtsgarantien beobachtet worden, die den Beamten gegeben sind. Wir sollten doch wenigstens verlangen können, daß die nachgeordneten Beamten sich nach den offiziellen Erklärungen der Chefs der Reichseisenbahnverwaltung richten. Wohin solch unberechtigtes Vorgehen kann, hat der traurige Fall des Arbeiters aus der Werkstätte in Rühlhausen bewiesen, der

Selbstmord verübte,

weil er als Vorstandsmitglied des betreffenden Vereins die Maßregelung für sich und seine Familie fürchtete. Seine Hinterbliebenen mußten, um den rückständigen Lohn dieses Arbeiters zu bekommen, erst noch eine Erbschaftsbescheinigung beibringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein weiterer Fall ist die Maßregelung des Schmiedes Dertel, der 25 Jahre im Dienst der Eisenbahnverwaltung stand. Er hielt in Reg eine Versammlung des Verbandes ab und soll sich dort nach den Befundungen des überwachenden Beamten eine Reihe Auswehungen haben zu schulden kommen lassen, die zu seiner Entlassung führten. Er wurde aufgefordert, seine Auswehungen vor derselben Versammlung zu widerrufen und in der Verbandszeitung eine Erklärung abzugeben, die die Generaldirektion ihm entworfen hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er erklärte aber: Was mir der Spigel in den Mund legt, habe ich gar nicht gesagt, deshalb habe ich auch nichts zu widerrufen. Schließlich hat er sich notgedrungen bereit gefunden, eine

Kleines feuilleton.

Die Solidarität der „Legitimen“. Die royalistische Revue „Correspondant“ veröffentlicht Dokumente zur Geschichte der Verhandlungen, die nach dem Sturz des zweiten Kaiserreiches zwischen dem bourbonnischen Prätendenten, dem Grafen von Chambord und Wilhelm I. eingeleitet wurden. Da ist zunächst ein Brief, den der Bourbonne am 1. Oktober 1870 an seinen „Herrn Bruder und Vetter“ schrieb. Nach ein paar Phrasen patriotischen Schmerzes kommt die Hauptsache, der Appell an die Solidarität der Dynastien: „Die demagogischen Leidenschaften finden in unserem unerwarteten Unglück die günstigste Gelegenheit zur Ausführung ihrer schrecklichen Komplote. Die Geister geraten in Verwirrung und Unruhe. Man beginnt heute zu begreifen, daß das Prinzip der Erbmonarchie, das ich mit Gottes Gnade fromm in meiner Hut gehalten habe, in dieser entscheidenden Stunde allein einen Rettungshafen darbieten kann.“ Ein paar nichtslagende Redensarten über das edle Herz des Adressaten, das diesen „nicht eine Parzele von der Ehre Frankreichs“ fordern lassen werde, bilden den Abschluß. Der Kern bleibt die nicht mißzuverstehende Bitte an den „Landesfeind“, dem Grafen zur Königswürde zu verhelfen.

Dieser Brief wurde Wilhelm I. in Versailles von einer fürstlichen Dame — vermutlich der Fürstin von Sahn-Wittgenstein — überreicht. Wilhelm antwortete nicht, wenigleich er offenbar für die Argumente des Bourbonnen nicht unzugänglich war. Aber Bismarck war Realist genug, um sich keine Kreise nicht durch drei Schnorrbriefe stören zu lassen. Er übernahm es also, am 11. Oktober der vermittelnden Prinzessin zu schreiben. Der Brief ist sehr lebenswürdig, aber erklärt in vorläufigen Wendungen, daß der König sich nicht binden könne. Nicht ohne Vorbehalt wird den Bourbonnen unter die Nase gerieben, daß „es notwendig wäre, daß Frankreich sich aus eigenem Antriebe seinem alten Königsge schlecht zuwenden und daß der geringste Druck von außen seine Reigung in dieser Richtung nur bestärken und nicht begünstigen könne.“ Wenn Bismarck, wie man sieht, zu der Intervention nicht zu haben war, so glaubte er ihm doch die Bitte verhängen zu müssen, indem er anbei bemerkte: „Sicher wäre es für S. M. den König eine sehr große Genugtuung, wenn die französische Nation den inneren Frieden fände, indem sie sich mit diesem Prinzip (der Erbmonarchie) erfüllte, das den Ueberzeugungen des deutschen Volkes entspricht.“ Woher die Herrschaften die deutsche Volkseele so gut kennen! Zitiert sei ferner aus dem Brief Bismarcks folgender Satz: „Deutschland wird die Unabhängigkeit Frankreichs in bezug auf seine inneren Einrichtungen, die die Nation sich geben wird, mit Sorgfalt respektieren.“ Dieser Respekt vor den Entscheidungen der Nation hat aber nur für Frankreich bestanden, nicht für Deutschland selbst. Man weiß ja, welche Rolle das deutsche Volk bei der Reichsgründung gespielt hat.

Die chinesische Presse. Die vor kurzem erfolgte Proklamierung der Pressefreiheit in China bedeutet einen einschneidenden Wendepunkt in der Kulturgeschichte „Tschung tso's“, des „Reiches der Mitte“. Es bleibt nicht ohne Interesse, sich mit diesen Zeitungen zu

beschäftigen, die jetzt über Nacht, unter dem Einfluß der Revolution, mit einem Rechte beglückt wurden, das sich die Kulturvölker Europas spät und nur in schweren Kämpfen erkungen haben. Eine rein statistische Uebersicht nimmt nur wenig Raum ein: im ganzen erschienen in dem etwa vier Millionen Quadratkilometer und wohl vierhundert Millionen Einwohner umfassenden Miesereiche ganze vierzehn Zeitungen in chinesischer Sprache; davon je fünf in Hongkong und Schanghai und je eine in Peking, Kanton, Amoy und Tientsin.

Die älteste chinesische Zeitung, zugleich die älteste der Welt, ist der King-Pao, der „Staatsanzeiger von Peking“, der sich aber lediglich auf die Mitteilung von Ernennungen, Eingaben an den Thron, kaiserlichen Erlässen und auf offizielle Aktenstücke beschränkt. Der King-Pao erscheint in einer geschriebenen und einer gedruckten Ausgabe, leidet aber an chronischem Abonnentenschwund, da er sehr langweilig ist und die paar weitere Kreise interessierenden Notizen von einigen Tageszeitungen nachgedruckt werden. Einen erheblichen Aufschwung nahm das chinesische Zeitungswesen erst, seit eine Zeitung im europäischen Sinne von Europäern in den Küstenprovinzen derwirklicht wurde. Das erste täglich erscheinende Blatt war der Shen-pao, der „Schanghai-Verichterstatter“. Er wurde 1870 in Schanghai begründet und vertritt die fortschrittlichen Interessen der Partei der Europäer. Die Zahl der Abonnenten hat 300 000 bereits überschritten. Als Oppositions- und Konkurrenzunternehmen wurde 1875 von der Seite der Europäer feindlichen Mandchu-Partei der Sin-pao, „Der neue Verichterstatter“, gegründet, der aber nur ein paar Jahre bestand und 1881 von dem Hu-pao abgelöst wurde. Er soll es auch auf 60 000 ständige Leser gebracht haben.

Die Gewährung der Pressefreiheit kommt natürlich vor allem dem politischen Teile der Zeitungen zugute. Der Chinese verfolgt mit leidenschaftlichem Interesse das Hin- und Herwoogen der schweren Kämpfe, die jetzt das Reich erschüttern.

Theater.

Münchener Theater. Der fällige Theaterfandal im Schauspielhaus traf diesmal einen wirklichen Dichter, Max Dautenhend. Als der Premiererfnob im 8. Akt seiner romantischen Tragödie: „Der Drache Grauli“ ohne Gage mitzuspielden begann, erhob sich der alte Rede M. G. Conrad und donnerte: „Auch! Ein Dichter spricht.“ Sein Landsmann aus Franken ist ein Poet, das hat er früher schon und auch in den „Spieleereien einer Kaiserin“ bewiesen, aber trotzdem ist in dem nordischen Geesfuß mit Gelpensterglauben, Ehebuch, Vergeuolktung und Massenmord Unklarheit Trumps. Der Drache Grauli ist ein Doppelmens. Einmal ein moderner Baron dieses Namens, den eine ehedem herrliche Circe Frau Wiltrid von Krake in den Tod trieb. Dann ein Seegespens, das bei Sturm in den Schären des Stogwal auftaucht und Menschenfleisch fordert zur Sühne für alle Schuld. Leberdicht von Braune, schwedischer Nachbesitzer, ist zurzeit im Reche Wiltrids. Aber er hat einst seinem Freunde Bouli Raabe geschworen, und so würzt er in der „Draufentube“ des Leuchturms seine Liebst so lange am Falte, bis sie tot ist.

Stürzt hinaus in die Nacht und freit ein blondes Goldschöen. Der Drache Grauli verdirbt ihm nun die Plittiermochen. Er sieht nachts die tote Leiche. Der Schatten Wiltrids lodt und lockt ihn an die Stätte der Untat. Aber siehe: dort sitzt die lebendige Wiltrid und rebet Jbsensch. Er entlastet froh sein Gewissen und bootet sich aus mit dem Loten und seiner jungen Frau. Aber aus Furcht, die schöne Dame Wiltrid werde die öde Leuchturmklippe mit verlassen, bohrte der verlebte alte Leuchturmwächter Hertes Löcher ins Boot. Es verfinst vor den Augen der ihren Würder Leberdicht immer noch liebenden Wiltrid. Die ergreift ein Stroh-messer und ersticht zwei unbeteiligte Fischerleute, schlägt mit Steinen den Lüsternen Hertes tot und sinkt als Leiche entseelt zu den Steinen der Klippe hin. Vielleicht macht dann der Souffleur noch die achte Leiche!

Dautenhend weiß durch spukhafte Romantik im ersten Akt zu fesseln; der zweite ist konventioneller und fand deshalb stärksten Beifall. Im Schlusakt aber jongliert er mit Jbsen, Maeterlind und Bedekind und wirkt durch Vergerung des Stils, durch krampfhaftige Tragik erheitend, wo er doch erschüttern will. m.

Notizen.

Opernb Vorstellungen zu volkstümlichen Preisen. Veranlaßt durch den Erfolg, den die Romische Oper mit Vorhings „Waffenfriede“ hatte, will die neue Direktorin veruchsweise an Wochenlagen gute Spielopern bei bedeutend ermäßigten Preisen zur Aufführung bringen. Am Freitag, den 17. November, soll eine Wiederholung der Spieloper „Der Waffenfriede“ bei niedrigen Preisen stattfinden. Eventuell wird auch der Montag jeder Woche für diese volkstümlichen Vorstellungen reserviert.

Dehmel als Komödiendichter. Im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg gelangte eine phantastische Komödie von H. Dehmel zur Aufführung. „Michel Wische“, die Verförperung des deutschen Volkes, befreit sich darin von all seinen Bedrängern (zu denen auch die Sozialdemokratie gehört) und fluezt in den Hafen der Wölle ein. — Der Versuch, Probleme von heute dramatisch zu verarbeiten, ist dem Lyriker Dehmel nicht gelungen.

Eine Meist-Stiftung will ein Komitee von Künstlern, Verlegern und Bühnenleuten gründen — zum Gedächtnis des Dichters, dessen 100. Todestag sich am 21. November jährt. Es soll ein Kapital angesammelt werden, aus dessen Zinsen ringende junge Dichter vor der Not des Lebens bewahrt werden sollen.

Ein Satirist von Sophokles, dem jetzt beinahe populär gemorenen griechischen Tragiker, wurde nach einer Mitteilug aus London in neu entdeckten Papyri erkannt. Es sind große Bruchstücke dieser bisher unbekanntem antiken Woffe erhalten geblieben — dank den ägyptischen Gräbern, denen wir schon so viel verdanken.

Ein Denkmal Nolas wurde in seinem Geburtsort Witz in der Provence eingeweiht. — Der erst vor kurzem gestorbene Schauspielere Rainz erhielt bereits ein Denkmal in der Nähe seiner früheren Wohnung in Wien.

Erklärung im Verbandsorgan abzugeben, er fügte aber hinzu: Ich komme hiermit der Aufforderung der Verwaltung nach, obwohl ich mit der in der Aufschrift enthaltenen Annahme nicht einverstanden bin. Auch bemerkte er vor der Erklärung, daß er vergeblich dagegen protestiert habe, die ihm von den in der Versammlung anwesenden Berufsbeamten in den Mund gelegten Äußerungen getan zu haben. Er hat verlangt, daß man Beweise erheben solle über das, was er tatsächlich gesagt habe. Das hat die Eisenbahnverwaltung abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dem Spiegel, der vielleicht, wie sich bei der Verwaltung anzusehender, übertrieben hat, mehr geglaubt als den Arbeitern, die bereit waren unter ihrem Eide zu bezeugen, daß Dertel nichts Derartiges gesagt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zustimmung der Verwaltung an ihn, etwas zu widerrufen, was er gar nicht gesagt hatte, bedeutet direkt die

Aufforderung zur Unwahrhaftigkeit.

Der lägenhafte Spiegel hat es fertig gebracht, daß dieser Arbeiter, der 26 Jahre treu dem Staate gedient hatte, aufs Pfahle geworfen wurde. Nach diesen Erfahrungen werden wir in Zukunft das denkbar größte Mißtrauen gegenüber offiziellen Erklärungen des Chefs der Reichseisenbahnverwaltung im Reichstage gegen müssen. Ferner sind noch zwei Arbeiter entlassen worden. Der Redakteur des Verbandsorgans Marschall, der 27 Jahre bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt war, und ein Schlosser, Wendling, der 12 Jahre tätig war. Die Entlassung erfolgte auf Grund zweier Artikel. In dem ersten wurde die Entlassung der beiden ersten Gemahregelungen in rein sachlicher, objektiver Weise geschildert und am Schluß werden die Arbeiter aufgefordert, sich durch die Maßregelung nicht abschrecken zu lassen, weiter ihre Solidarität zu zeigen und zugunsten der Gemahregelungen materielle Opfer zu bringen. All dies geschah in durchaus ruhiger, einwandfreier Form. Der Redakteur wurde entlassen wegen der Aufnahme der Artikel, Wendling als Mitarbeiter. Es hieß in der Kündigung, der Artikel sei aufheißerisch und beleidigend für die Verwaltung, er fordere die Arbeiter zu ungewissem Kampf gegen die Verwaltung auf. Solche Elemente, die offensichtlich darauf ausgingen, Instruktionen in der Verwaltung zu fälschen und das Vertrauen in der Verwaltung zu untergraben, könnten nicht geduldet werden.

Die Erregung über diese Maßregelung trat in der gesamten Presse zu Tage. Auch ein Zentrumsblatt, die „Oberbayerische Landeszeitung“, veröffentlichte einen Artikel darüber mit dem Titel „Die Reichseisenbahnverwaltung auf Schwarzmachertwegen“ und nannte das Vorgehen eine überaus schwere, brutale Vergewaltigung. Ich weiß ja nicht, ob das Zentrum sich hier auf denselben Standpunkt stellen wird. Nach den Vorgängen im bayerischen Landtag könnte man annehmen, daß sich im Zentrum eine

Schutztruppe für die Generaldirektion

finden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Falle Dertel ist noch interessant, daß dieser Arbeiter nach 26jähriger Dienstzeit und zum zweiten Male kurz vor seiner Wählregelung ein Verlobungsgesuch einbrachte von der Verwaltung bekommen hat. Also nach zweimaliger Verlobung wurde er, weil ein Spiegel gelogen hat, ganz brüsk gemahregelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schuld an den ganzen Vorgängen ist also allein das Spitzelsystem der Verwaltung. Wir müssen verlangen, im Interesse der Gerechtigkeit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, daß eine andere Behandlung der Eisenbahnarbeiter eintritt und ich frage daher den Herrn Reichsminister, wie er sich zu dem verwerflichen Treiben der Generaldirektion stellt und ob er gewillt ist, ihm Gehalt zu gebieten. (Lebhafte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

Chef der Reichseisenbahnverwaltung Minister v. Breitenbach: Der Vorredner wirft der Reichseisenbahnverwaltung vor, daß sie gegen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes handle und das freie Koalitionsrecht der Arbeiter unzulässig eingeschränkt habe. Das Reichsvereinsgesetz regelt aber lediglich die polizeilichen Beschränkungen der Vereine- und Versammlungsfreiheit, es schafft Rechtsnormen zwischen den Reichsangehörigen, die Vereine bilden und Versammlungen abhalten wollen, und den Behörden, die in den Bundesstaaten zur polizeilichen Regelung des Vereinswesens berufen sind. Das Reichsvereinsgesetz läßt völlig unberührt Rechtsverhältnisse, die sich aus der väterlichen Gewalt ergeben, aus den Befugnissen des Lehrers, aus der Beamtendisziplin der Behörden, und berührt insbesondere die Frage nicht, welche Stellung der Arbeitgeber gegenüber den Vereinigungsbestrebungen seiner Angestellten zu nehmen hat. Die Rechtsverhältnisse, die durch den Arbeitsvertrag geregelt werden, sind dabei ausgeschlossen. Von diesen unberührbaren Gesichtspunkten aus wird man die Behauptungen des Vorredners zu prüfen haben. Wie allen Reichsangehörigen steht auch den Beamten und Arbeitern der Reichseisenbahnverwaltung das Recht zu, sich in Vereinen zusammen zu schließen, und es ist eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltungen, dies bedeutsame Staatsbürgerrecht nicht über das Maß hinaus einzuschränken, welches durch die besonderen Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes gegeben ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie hat überhaupt kein Recht, einzuschränken!) Tatsächlich ist auch das Bestehen der Beamten und Arbeiter der Reichseisenbahnen sich in Vereinen zusammenzuschließen von der Verwaltung keinesfalls beschränkt, sondern im Gegenteil gefördert worden. Es bestehen im Gebiete der Verwaltung nicht weniger als 50 Vereine, die alle bisher im wesentlichen im Frieden mit der Verwaltung gewirkt haben. Sie haben ihre Wünsche der Verwaltung vorgetragen und die Befehle sind zum großen Teil auch abgestellt worden. Ich betone: all diese Vereine haben nicht im Gegensatz zur Verwaltung gewirkt und darum haben sie auch etwas erreicht.

Ein Betrieb wie die Eisenbahnverwaltung kann nur dann seine großen wirtschaftlichen Zwecke verfolgen, wenn in ihm stramme Zucht und Ordnung herrscht. (Sehr richtig! rechts.) Das gilt insbesondere für einen Betrieb an der westdeutschen Küste. Diejenigen, die es für angezeigt halten, in diesem Betriebe als Beamte oder Arbeiter Dienst zu tun, werden sich gewisse

Einschränkungen ihrer staatsbürgerlichen Rechte

gefallen lassen müssen, insoweit es die Sache erfordert, der sie zu dienen haben. (Sehr richtig! rechts.) Insbesondere wird es niemals erlaubt werden, daß sich unsere Angestellten dazu verpflichten lassen, Befehle zu fördern, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinführen. (Bravo! rechts.) Also, um es deutlich zu sagen, sich für die Sozialdemokratie zu betätigen. (Bravo! rechts.) Ebenso wenig kann geduldet werden, daß sie die Arbeitseinstellung als erlaubtes Mittel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Ziele und anderer Zwecke betrachten und es ihnen ferner keinesfalls geduldet werden, daß sie ihren Vorgesetzten mit Mißachtung begegnen, daß sie ihnen den Gehorsam verweigern und ihre Mitarbeiter zum Widerstand gegen dieselben auffordern. (Bravo! rechts.) Es ist nicht richtig, daß ich mich mit diesem Vorgehen in Widerspruch gesetzt hätte zu meinen früheren Äußerungen im Reichstage. Aber es ist selbstverständlich, daß wir von dem Recht, das jedem Arbeitgeber zusteht, die Disziplin zu halten, im Eisenbahnbetriebe in hervorragendem Maße Gebrauch machen müssen, sonst können wir den Betrieb nicht führen. Damit sind die Grenzen bezeichnet, die wir der Vereins- und Versammlungsfreiheit unserer Angestellten mit zwingender Notwendigkeit ziehen müssen. Wer, wie ich, vor der Deftigkeit dafür einzustehen hat, daß dieser große Betrieb ordnungsmäßig funktioniert, der wird es niemals hinnehmen können und bilden wollen, daß die soeben gezogenen Grenzen überschritten werden. (Sehr richtig! rechts.) Ganz selbstverständlich ist die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg durchaus nicht beauftragt, einen Verein auf Grund des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen oder Beauftragte im Sinne des § 13 dieses Gesetzes mit polizeilichem Charakter in die Versammlungen zu beordern. Wohl aber hat sie sich für befugt, von ihren Angestellten zu verlangen, daß sie Beauftragte der Verwaltung in den Versammlungen zulassen und sie hält sich für befugt, diese

Forderung in die Form einer Weisung zu stellen. Wer einer solchen Weisung nicht folgt, macht sich nach unserer Auffassung der Gehorsamsverweigerung

schuldig. Auch liegt es durchaus im Interesse der Angestellten, wie der Verwaltung, daß diese die Befehle unmitteibar kennen lernen, wenn solche Beauftragte der Verwaltung es ablehnen, irgend eine tatsächliche Auffklärung zu geben, die irrtümliche Vorstellungen beseitigt. Wenn nun ein Arbeiter diese Grenzen, die ihm, ich möchte sagen aus einem kategorischen Imperativ heraus (Lachen bei den Sozialdemokraten) gezogen werden müssen, überschreitet, dann bleibt der Verwaltung nichts übrig als die Kündigung. Von diesem Kündigungsrecht mußte in den fünf erwähnten Fällen Gebrauch gemacht werden, weil sich die betreffenden Angestellten

der Achtungsverletzung, der Hehe gegen die Verwaltung, der Gehorsamsverweigerung

schuldig gemacht hatten. Ganz dasselbe hätte geschehen müssen, ob die Angestellten einem Vereine angehört oder nicht. Damit beantwortet sich auch die Frage, ob die Verwaltung die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten in unzulässiger Weise eingeschränkt hat. Vereinzelt der Vorredner war so vorsichtig, zu betonen, daß eine Berufung auf Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht mehr angehe. Trotzdem sieht er in unserem Vorgehen eine Verletzung der Koalitionsfreiheit, indem er sagt, es seien alle Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, wo sie auch bestanden haben, aufgehoben.

Was nun die einzelnen Fälle anbetrifft, so hat der Vorredner vieles richtig vorgetragen. Der Verband der Eisenbahnarbeiter von Elsch-Bohningen und Lugenburg hat sich von vornherein im scharfen Gegensatz zur Verwaltung gestellt, er hat nicht mit, sondern gegen die Verwaltung gearbeitet. Charakteristisch ist zum Beispiel das Vorgehen eines Kreisvereins Straßburg. Von diesem wurde der Arbeiterausschuß, der aus freier Wahl der Arbeiterschaft hervorgegangen ist, als die Neuwahlen unmittelbar vor der Tür standen, aufgefodert, sich in einer Versammlung über seine Tätigkeit zu rechtfertigen. Der Arbeiterausschuß lehnte dieses Ansuchen ab. Darauf setzte eine ungemessene Agitation seitens des Verbandes ein, und die Folge war, daß bei dieser Neuwahl nur Mitglieder des Verbandes gewählt wurden. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die Majorität war eben dafür!) Der Schmied Dertel hat in einer Versammlung die Verwaltung sehr scharf kritisiert. Wir sind in dieser Beziehung gar nicht sehr feinsinnig und schreien nur dann ein, wenn tatsächlich Unrichtiges behauptet wird und die Kritik eine gehässige und heyerische wird. So hat Dertel behauptet, wenn der Arbeiter beim Afford zu verbleibe, setze die Verwaltung den Affordtag immer weiter herunter. Das ist eine tatsächliche Unwahrheit. Bei der Vernehmung hat er die Äußerung zugegeben, aber gesagt, das habe sich nicht auf die Eisenbahnverwaltung bezogen. Er sprach aber nur von Eisenbahnern. Gegen die Bezeichnung unserer Beauftragten als „lägenhafte Spiegel“ durch den Herrn Vorredner erhebe ich Einspruch. Das ist eine Schmähung von Beamten, die nur ihre Pflicht tun. Verschiedene Behauptungen des Dertel waren so kraß, so heyerisch und unwahr, daß dieser alte Arbeiter sofort hätte entlassen werden müssen. Das ist nicht geschehen, es wurde mit ihm eine Erklärung vereinbart. Als er zu der Erklärung über den erwähnten Zusatz hinzusetzte, mußte er wegen schwerer Ächtungsverletzung entlassen werden. Die Entlassung von Beauftragten in die Versammlungen ist feststehende Übung in der ganzen Reichseisenbahnverwaltung, und es ist mir von Abgeordneten, die den Arbeitern mindestens ebenso nahe stehen wie Sie (zu den Sozialdemokraten) bestätigt worden, daß das ein durchaus angemessenes und berechtigtes Verlangen sei. Angesichts aller dieser Vorgänge hat die Verwaltung sich leider veranlaßt gesehen, den Fall ernst zu behandeln, und so schwer es ihr geworden ist, hat sie die beiden Arbeiter entlassen. Das ist ein schwerer Entschluß für die Verwaltung, die auf das lebhafteste bestrebt und bemüht ist, die Interessen ihrer Arbeiterschaft wahrzunehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das

soziale Empfinden der Eisenbahnverwaltung

steigert sich von Jahr zu Jahr ganz sichtbar. Wir kümmern uns eingehend und andauernd um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie wissen, daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer dadurch zu erschüttern, daß sie die Autorität ständig angreift und das Vertrauen erschüttern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Methode, diese Taktik wendet sie mit größter Schärfe gegen eine Verwaltung und einen Vorgesetzten, an dem viele Hunderttausende von Arbeitern unterstehen. Darin liegt System. Die Agitation der Sozialdemokratie unter unseren Arbeitern nimmt von Jahr zu Jahr zu. Ich erinnere Sie an den Anspruch, den der Abg. Legien auf dem Mannheimer Parteitag getan hat: „Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, besonders der Eisenbahnarbeiter.“ Seit jener Zeit macht die Sozialdemokratie die gewaltigsten Anstrengungen, um unsere Arbeiter zu organisieren und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Wer die Folgen dieser Organisation in allen unseren Nachbarstaaten beobachtet hat, wer die furchtbaren Wirkungen auf das Volkswohl feststellt hat, wird mit mir der Meinung sein, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung ist, diesen Bestrebungen der Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben. (Bravo! rechts.) Daraus wird sie sich das Anrecht auf den Dank von Staat und Reich erwerben. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Debel (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Becker-Arnberg (Z.): Wir sind der Meinung, daß die Eisenbahnverwaltung alles tun müsse, um nicht die Sitten der französischen Syndikalisten bei uns einbringen zu lassen.

Was die vorgetragenen Fälle betrifft, so weichen ja die Darstellungen der beiden Seiten etwas von einander ab. Immerhin möchte ich den Minister fragen, ob es denn richtig ist, bei solchen Vorgehen gegen die Disziplin sofort das schwerste Maß, die Entlassung aufzuführen, ob es nicht genügt hätte, die Leute, die so lange im Dienste der Verwaltung standen, zu verwarnen oder zu verfehen, anstatt sofort brotlos zu machen. — Der christlich-nationale Eisenbahnerverband hält es für sehr wünschenswert, daß Beamte an den Versammlungen der Arbeiter sich beteiligen sollen, um ihre Wünsche kennen zu lernen, und sind sehr unwillig, daß die Behörden zu der Delegiertenversammlung trotz ergangener Einladung nicht einen Beamten entsandt hat. Übrigens hat auch die Sozialdemokratie früher auf diesem Standpunkt gestanden und Einladungen an die Behörden z. B. zu Gewerkschaftskongressen ergehen lassen. Freilich wird es auch in jeder Organisation Fragen zu verhandeln geben, bei denen die Gegenwart eines Beamten nicht erwünscht ist, zum Beispiel wenn schmutzige Wäsche zu waschen ist. Bei gegenseitigem Vertrauen und einigem Takt wird sich da stets ein Einverständnis erzielen lassen. Vom Streikrecht der Eisenbahnarbeiter war wieder die Rede. Die christlich-nationale Arbeiter haben durch ihr Statut ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet. Dafür verlangen sie aber eine weitgehende Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Verwaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den Ausbau der Arbeiterausschüsse zu Direktionsausschüssen als Ersatz der Arbeitssammern, eine Sicherung der Tätigkeit der Arbeiter nach einer bestimmten Dauer der Tätigkeit, etwa nach 10 Jahren, und eine Aufbesserung der Löhne.

Daß die Eisenbahnarbeiter ein Streikrecht nicht haben dürfen, darin sind alle bürgerlichen Parteien einig und auch alle nicht sozialdemokratisch organisierten Eisenbahnarbeiter. Das sind etwa 90 Proz. aller Eisenbahnarbeiter, und solchen Leuten, die selbst auf das Streikrecht verzichtet haben, sollte die Regierung mit weitgehendem Vertrauen entgegenkommen.

Die Frage des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter und Staatshandwerker wird immer dringender. Wer Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zu der Organisation schädigt, handelt wider die guten Sitten. Aber die Sozialdemokraten haben zu solchen Klagen kein Recht, so lange sie selbst dem immer zunehmenden Terrorismus gegen alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht steuern. Buchdrucker, die dem christlichen Buchdruckerverband angehören, können sich in der Reichsdruckerei nicht halten. (Hört! hört! im Zentrum.) Tränenden Auges sind die Leute zur christlichen Zentrale gekommen und haben gesagt, sie müssen in den

sozialdemokratischen Buchdruckerverband

übertreten. Darum interpellieren die Herren Sozialdemokraten da nicht den Reichsminister, was er gegen diese Terrorisierung zu tun gedenkt. (Sehr gut! im Zentrum. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die reine Schamacherrede.) Wir haben stets das Buchdruckerrecht abgelehnt und werden es auch weiter tun. Mit dem Buchdruckerrecht schlägt man Ideen nicht tot. Aber wir müssen verlangen, daß die Sozialdemokraten ganz entschieden erklären: „Wir sind Gegner der Terrorisierung christlicher Arbeiter und werden mit Disziplinarmassregeln dagegen vorgehen.“ Dann wird es anders werden. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Auf die vorgetragenen fünf Einzelfälle will ich nicht eingehen. Grundsätzlich hindert das Vereinsgesetz die Eisenbahnverwaltung gar nicht, Arbeiter und Beamte disziplinarisch zu bestrafen und zu entlassen. Daß Beamte zu entlassen sind, wenn sie sich sozialdemokratisch betätigen, ist gar keine Frage. Auch Arbeiter müssen im Interesse der Disziplin entlassen werden, wenn sie sich in sozialdemokratisch-mährischen Sinne betätigen. Wo es sich um ihre eigenen Organisationen handelt, haben die Sozialdemokraten ein feines Empfinden für die Notwendigkeit der Disziplin; also sollten sie es auch uns nicht verdenken.

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Die Frage ist nicht nach dem Vereinsgesetz, sondern nach dem öffentlichen Wohle zu beurteilen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unbedingt daran festzuhalten, daß auch Beamte und Staatsarbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen. Wenn die Regierung mit diesen Vereinen zuzunehmen, ist das sicher zu billigen, nur soll diese Zählungnahme nicht zu einer Art Polizeiaufsicht ausweichen. Deshalb war es wohl nicht ratsam, daß der Beamte in der Versammlung hies, als persönliche Dinge verhandelt wurden. Als er aber erklärte, er habe den Auftrag zu bleiben, war es ein Fehler, ihn durch Versammlungsbeschluss auszuweisen.

Ein Streikrecht kann den Eisenbahnarbeitern nicht zugestanden werden; dies verbietet zwar nicht ein ausdrücklich niedergelegtes Gesetz, wohl aber die salus publica (öffentliches Wohl).

Daß Arbeiter entlassen werden lediglich wegen einwandfreier Tätigkeit für einen Verein zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, wäre nicht zu billigen; wir glauben auch nicht, daß es geschieht. Wenn der Minister den Arbeitern mit Vertrauen entgegenkommt, wird es auch nicht zu schwer sein, die notwendige Disziplin aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Der Minister hat erklärt: Die Eisenbahnverwaltung darf das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter nicht weiter einschränken, als es unbedingt notwendig ist. Ich halte es für sehr zweifelhaft, ob in dem Müllhaufener Fall danach gehandelt ist. Es handelt sich schliesslich um einen Taktfehler, und da hätte man nicht gleich mit der schärfsten Strafe, der Entlassung, vorgehen sollen. (Sehr wahr! links.)

Der Fall hat aber auch eine große prinzipielle Bedeutung für die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes. Nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes war die betreffende Versammlung sicher nicht anmeldspflichtig. Trotzdem hat die Eisenbahnbehörde das Recht der Ueberwachung in Anspruch genommen.

Nur kurz will ich hier auf den unerquicklichen Zustand in Bayern hinweisen (Zuruf im Zentrum), wo die gegenseitige Berührung zwischen den verschiedenen Koalitionen sogar auf die allgemeine Politik zurückgewirkt hat und zum

Boykott eines Ministers durch das Parlament

geführt hat. (Erregte Zurufe vom Zentrum: Vom wem?) Nun, vom Zentrum. (Unruhe im Zentrum. Sehr wahr! links.) Ich muß insofern gewisse Ausführungen des Kollegen Becker-Arnberg bestätigen, als auch von Seiten der Christlich-Deutschen Gewerksvereine Klagen über Behelligung seitens Andersorganisierten eingelaufen sind. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) In Bezug auf das Streikrecht verweise ich auf Ausführungen, die hier bei früheren Gelegenheiten von Angehörigen meiner Partei, z. B. vom Abg. Carstens gemacht worden sind. Einmütig ist unsere Fraktion der Ansicht, daß ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt werden kann.

Es ist dringend notwendig, daß recht bald die Frage des Koalitionsrechts einer gründlichen Neuregelung unterzogen wird. Ramentlich ist dies nötig angesichts der Jubiläum des Reichsgerichts in den letzten Jahren. Es liegt heute so, daß man sich zwar koalieren darf, daß aber die Ausübung dieses Rechtes mit Fall und Geldschüssen umgeben ist.

Abg. Dr. Hoeffel (Sp.): Wir sind außerordentlich zufrieden mit der Erklärung des Ministers. Die Lage der Eisenbahnarbeiter muß in jeder Weise gutgestellt werden, aber die Disziplin muß aufrechterhalten werden. Die Arbeiter brauchen ja nicht bei der Eisenbahnverwaltung Arbeit zu nehmen, also muß auch die Eisenbahnverwaltung sich ihre Arbeiter ausbilden dürfen. (Sehr wahr! rechts.) Die Sozialdemokraten protestieren gegen Zwang und lösen selbst Strang aus. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nirgends fährt man so gut wie auf den deutschen Eisenbahnen. Auf dieser Höhe müssen unsere Eisenbahnen erhalten bleiben. Wir dürfen nicht Vorgänge erleben, wie in Frankreich. (Bravo! rechts.)

Abg. Nowicki (Pole, fast ganz unverständlich) (Mein heftige Klagen darüber zu führen, daß den polnischen Eisenbahnarbeitern Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wenn sie sich koalieren wollen.

Abg. Behrend (Wirtsh. G.): Alle bürgerlichen Parteien sind sich darüber einig, daß dem Eisenbahnarbeiter kein Streikrecht zugebilligt werden kann. Wir sind für das volle Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, aber ohne Streikrecht. Die Frage der Fortweisung des Beamten ist im Grunde weniger eine Rechtsfrage als eine Taktfrage. Es gibt Staatsarbeiterverbände, die es geradezu als eine Pflicht ansehen, wenn keine Beamten zu ihren Versammlungen kommen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Andererseits ist es ganz unfraglich, daß der Versammlungsleiter vollständig das Recht besitzt, den Beamten zum Weggehen aufzufordern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das formale Recht! Ja! Aber es kommt hier mehr auf den Takt als auf das formale Recht an. Es ist äußerst wichtig, wer Versammlungsleiter, wer Verbandsfunktionär ist — zumal bei den Staatsbetrieben. Unzweifelhaft haben sich verschiedene der Entlassenen im sozialdemokratischen Parteinteresse betätigt. (Hört! hört! rechts.) Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Freilich kann man gegen sozialdemokratische Betätigung von Staatsarbeitern nicht so scharf vorgehen, wenn man Beamten gestattet, im Sinne der Großblockpolitik direkt oder indirekt zugunsten der Sozialdemokratie tätig zu sein. (Lebhafte Zurufe vom Zentrum und rechts, Zuruf links.) Meiner und meiner Fraktion Nebergung nach darf sich kein Beamter und kein Staatsbeamter zugunsten der Sozialdemokratie betätigen. (Lebhafte wiederholte Zustimmung rechts.)

Darauf wird die Fortsetzung der Besprechung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 14. November 1911, abends 8 1/2 Uhr,

Öffentliche politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

**Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147,
Frankes Festsäle, Badstr. 19,
Berliner Bock-Brauerei, Abt. II, Chausseestr. 64.**

Tagesordnung:

Der Zusammenbruch des junkerlich-bureaucratischen Regierungssystems.

Referenten: Reichstagsabgeordneter Alex Kuntze-Stettin, Gustav Lehmann-Wiesbaden, Georg Ledebour-Berlin.

2. Freie Diskussion.

Für die Einberufung: Richard Henschel, Weiczerstraße 17.

V. Kreis.

Dienstag, den 14. November 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung

in den Bogensälen, Einienstraße 121.

Tagesordnung:

Die Abrechnung mit dem schwarz-blauen Block.

Referent: Reichstags-Abg. Robert Schmidt.

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer: A. Hacker, Auguststraße 91.

229/19*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin: Charlottenstr. 3. Hauptbüro: Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenkommission.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Gesellenauschuss.
3. Aufstellung der Delegierten zur Ortskrankenkasse der Schlosser.
4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Graveure und Bisleure

in den Korona-Pracht Sälen, Kommandantenstraße 72.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wiesner über: „Soziale Ursachen der Nervenerkrankungen“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung aller in Gas-, Wasser- u. Dampfmaschinen- sowie Kronenbetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den Musiker-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wiede über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert! Zahlreiches Besuch erwartet.

Metallarbeiter - Notiz - Kalender

für das Jahr 1912 sind erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirksführern zum Preise von 60 Pf. pro Stück zu haben.

Bestell. ist erlassen:

„Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands“

zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Morgen, Mittwoch, den 15. November 1911, abends 6 Uhr, im Königshaus-Kasino, Holzmärker 72, langer Saal:

Bau-Vertrauensmänner-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Die Situation auf dem Baueisen.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche zurzeit bei der Firma Kohlhoff u. Zieglerarbeiten, sind hierzu besonders eingeladen. 1909 Der Vorstand.

Berlin 80. 16, Engel-Arter 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 8014.

Orts-Krankenkasse

des Zimmerergewerbes zu Berlin.

Mittwoch, den 22. November cr.,

vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engel-Arter 15, Saal 11:

Versammlung der Arbeitgeber,

welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten. L.-D.: Wahl von 19 Vertretern zur Generalversammlung pro 1912.

In demselben Lokal und zur selben Zeit, doch getrennt findet eine Versammlung der wahlberechtigten Kassenmitglieder

Arbeitnehmer

statt. L.-D.: Wahl von 38 Vertretern zur Generalversammlung pro 1912.

Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Lokal den Kontrolleuren vorzulegen.

Arbeitsnehmer

Freitag, den 24. November 1911, abends 8 Uhr,

im selben Lokal, Saal 11:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl von 8 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber).
2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer).
3. Wahl des Prüfungsausschusses.
4. Beschlussfassung über die Erhöhung der ersüßlichen Tagelöhne (§ 9 des Statuts) und die dadurch notwendig werdende Festsetzung der Leistungen und Beiträge.
5. Annahme Kassenangelegenheiten.
6. Verschiedenes.

Die am 16. November 1910 gewählten Vertreter werden hiermit eingeladen. 15433

Der Vorstand: Ewald Petermann, August Brunzel, Schriftführer, Vorsitzender.

Eile zu Weile!

119 Dresdener Straße 119

(Eckhaus Oranienpl.)

Über 1000 Pelz-Stolas

Muffen, Kollers

Extra billige Preise!

echte Skungs-Stolas von 25 M. an.

Pelz-Hüte, Hutstreifen

Felle, Köpfe, Schwelke in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerel.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezahlbaren Preis.

genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

119 Dresdener Straße 119

Über 1000 Pelz-Stolas

Muffen, Kollers

Extra billige Preise!

echte Skungs-Stolas von 25 M. an.

Pelz-Hüte, Hutstreifen

Felle, Köpfe, Schwelke in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerel.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezahlbaren Preis.

genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

119 Dresdener Straße 119

Über 1000 Pelz-Stolas

Muffen, Kollers

Extra billige Preise!

echte Skungs-Stolas von 25 M. an.

Pelz-Hüte, Hutstreifen

Felle, Köpfe, Schwelke in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerel.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezahlbaren Preis.

genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

119 Dresdener Straße 119

Über 1000 Pelz-Stolas

Muffen, Kollers

Extra billige Preise!

echte Skungs-Stolas von 25 M. an.

Pelz-Hüte, Hutstreifen

Felle, Köpfe, Schwelke in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerel.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezahlbaren Preis.

genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten

Sechster Wahlkreis.

Zu den am

Sonntag, den 19. November, und Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr,

stattfindenden

Urania-Vorstellungen

sind noch Billetts zu haben bei den Bezirksführern, den Abteilungskassierern und im Bureau des Wahlvereins, Neue Hochstraße 23.

Zur Aufführung gelangt:

130/17

Von Meran zum Ortler.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichstr. 28, part.

Filiale Berlin.

Sprechst. Amt IV Nr. 4757.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in Karl Kellers Konzertsälen, Köpenicker Straße 96/97.

Tages-Ordnung:

130/5

Lichtbilder-Vortrag. Referent: Th. Menzen aus Moritzburg bei Dresden: „Auf der Balkanhalbinsel.“ (Skizzen über Land und Leute, Handel und Wandel, Sitte und Brauch.)

Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Arter 14/15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines unbefohlenen Mitgliedes zum Hauptvorstand.
2. Wahl des zweiten Bevollmächtigten.
3. Erziehung zur Ortsverwaltung.
4. Bericht der Ortsverwaltung.
5. Kassenbericht.
6. Anträge.

Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Kisten- u. Koffermacher-Branchen-Versammlung.

Mittwoch, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Docter, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Güth. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse.

3. Verbandsangelegenheiten.

Stellmacher-Branchen-Versammlung.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Straße 11-12.

Tagesordnung: Beratung der Anträge zur Konferenz. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau u. Stellennachweis: Einienstr. 8, Amt VII 605. Geöffnet von 9-5 Uhr.

Branche der Versicherungsangestellten!

Am Mittwoch, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Pracht-Sälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Forderung und die Maßnahmen der Versicherungsgesellschaft. Referent: Kollege Pattloch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Betonbaubranche: Zementierer, Einschaler

und Hilfsarbeiter.

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 Uhr,

bei Jaanach, Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der politischen Bewegung für die Gewerkschaftsorganisationen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwartet. Der Sektionsvorstand.

Neu eröffnet

Restaurant Zollernhof

Unter den Linden 56 BERLIN NW. Mittelstraße 45-46

Inhaber: Fritz Urban.

Großer Frühstückstisch von 9 Uhr ab • Mittagstisch von 12-6 Uhr • Reichhaltige

Abendkarte • Große prachtvolle Parterrelokalitäten • Schenkwürdigkeit I. Ranges

Gesellschaftszimmer • Kegelbahnen • Sommerterrassen • Vortreffliche Ventilation

Ausschank von Spatenbräu und Original-Pilsener

5 Proz. Rabatt

beim Vorzeigen dieses Inserats.

Engros-Lager. Für Damen!

Einzelverkauf nur v. 12-8 Uhr.

Paletots aus engl. 7⁵⁰, 10, 15 M. Stoff.

Frauen - Paletots aus schwarzem Eakimo 15⁰⁰

ca. 200 Kinder-Paletots 3⁰⁰ 4⁵⁰

ca. 300 Kostümröcke Wert bis 12⁰⁰, zum Aussuchen 4⁵⁰ jeder Rock

Elegante Peluche-Mäntel u. Kostüme, sehr preiswert.

Kein Laden.

Sonntag geöffnet = Fahrgeld ersetzt

M. Meymann

Grüner Weg 48, part., an der Kopenstraße.

Fahrgelageschäft: Elektr. Bahnen Nr. 1, 3, 4, 10, 22, 31, 46, 76, 78, 79.

Umtausch gestattet.

Seal

von 0,50 an. Perslaner, Imil, von 0,50 an für eleg. Damen-Paletots.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Berl. Str. 10.

Zigarren-W. Herbst

Fabriken

gegr. 1892. - Tel.: IV, 3878.

BERLIN SW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.

Tarifarbeit.

Ihre Kinder sind größer geworden aber wie schlafen sie?

Fördern Sie die weitere Entwicklung durch Jaekels

verwandeltbare Patentbetten

als Dauer- wie als Fremdenbett unentbehrlich u. 1000-fach erprobt. Sie erhalten auf Wunsch sofort gratis u. franko reich illust. 100seitigen Katalog Nr. 198.

R. Jaekel's

Patent-Möbel-Fabrik München Berlin

Dionersstr. 6 Markgrafstr. 20.

Eröffnung

meines neuingericht. 2. Geschäfts



Permanente Möbel- Ausstellung

**Bürgerlicher
Wohnungs-Einrichtungen**

von 200 bis 10,000 Mark.

Moderne Wohnzimmer.

Moderne Schlafzimmer.

Moderne Speisezimmer.

Moderne Herrenzimmer.

Moderne Salons.

Moderne buntfarb. Kücheneinrichtg.

Vollständige Ausstattung von
Pensionaten, Villen, Hotels etc.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
Freie Zusendung durch eigene Gespanne für Groß-Berlin frei.
Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern.
Versand durch ganz Deutschland frachtfrei.
Gelegenheitskäufe in gebrauchten u. zurückgesetzten Möbeln.

**Berliner
Möbel-Halle „Norden“**

Inh. Rich. Thiele

128 Invalidenstraße 128

Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.

(1. Geschäft: Ackerstrasse 120.)

Urbin
Vom Himmel der Reklame
Strahlt glänzend in die Welt
Dein Name.

LINDENSTADT
In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg

*Tafelbrot
Flopfabrikanten*

Die Qualität ist herausragend!

HERBAVINO Alpenkräuter-Wein-Trunk

Das Non-plus-ultra-Genuss-
mittel zur Gesundheitspflege

Gesetzlich geschützt Gesetzlich geschützt

Hat eine die Nerven stärkende
Wirkung

Hält den Geist frisch, läßt Stra-
pazen spielend überwinden

Hegelt die Darmtätigkeit und
fördert die Verdauung

Herbeitet ein allgemeines Wohl-
behagen

His Frühstück- u. Dessert-Wein
gesund und bekömmlich

Hon hygienischem Genußwert
zu jeder Tageszeit

Hn keinem Haushalt darf „Her-
bavino“ fehlen

Hur ein Versuch genügt und Sie
sind

Hohne Zweifel ein ständiger
Konsument

Herbavino ist erhältlich in den Delikatessen- u. Kolonial-
waren-Geschäften, WEINHANDLUNGEN u. DROGERIEN

Preis pro Original-Flasche Mk. 1,75 inkl.
Ausschank in den Destillationen, Restaurants, Cafés etc.
Engros-Vertrieb durch die

Herbavino-Gesellschaft m. b. H., Oppenheim a. Rh.
Filiale Berlin N. 24, Friedrichstraße 122-23.
Fernspr. Amt III 10 206.

No. 61 *La Maloja*

eine
vorzügliche
63
Cigarre

No. 57 Maloja operas 5 Stk.
No. 61 Maloja camofles 6 Stk.
No. 91 Maloja bouquets 7 Stk.
No. 24 Maloja eminentes 8 Stk.
No. 163 Mal. aromatics 10 Stk.

**J. Neumann
Cigarren-Fabriken**

Über 200 Niederlagen in Deutschland!

Neu eingeführt!
Fehlfarben-Sortimente

Jeder Beutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Fehlfarben-Sortiment Hanna 10 Stück 75 Pf.
Fehlfarben-Sortiment Excelsior 10 Stück 1.00 M.

Feine Schneiderei
für elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für tadellosen Sitz
und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg

Rosenthaler Strasse 40

direkt am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstrasse.

Kein Waren-Kredithaus



**Knorr-
Hahn-
Maccaroni**

werden in hygienisch vor-
bildlicher Weise aus bestem
Rohmaterial rein maschinell
hergestellt und sind von feinem
Geschmack, nahrhaft u. sehr
ergiebig.

**Pollmanns
Bandagen**

Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Moquette.
Plüsch-Resle! Sattelraschen.

Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin 804, 150.
Oranienstr.

Die Internationale des Friedens.

Dem Ruf des Internationalen Bureau's sind am Sonntag die Arbeiter Berlins in Massen gefolgt. In zwölf überfüllten Versammlungen protestierten unsere Redner gegen die neueste Giftblüte des Imperialismus, gegen den tripolitischen Raubzug. Und die augenblickliche politische Situation gab diesen Versammlungen erhöhte Bedeutung. Wildeten sie doch den würdigen Abschluß des Zusammenbruchs der niederträchtigen Kriegshege, die die bürgerlichen Parteien, die Konservativen und die National-Liberalen vor allem, im Reichstage veranstaltet hatten. Es zeigte sich, daß das Ideal des proletarischen Kampfes, die Verwirklichung der Verbrüderung aller Völker auf der Grundlage des Sozialismus denn doch eine ganz andere Werbekraft besitzt, weit stärkere Begeisterung und viel größeren Kampfesmut auslösen kann als die nationalisistische Hege der Panzerplattenspaten und Kolonialinteressenten.

Die Bedeutung dieser gewaltigen proletarischen Kundgebung wurde noch gehoben durch die Anwesenheit ausländischer Vertreter der sozialistischen Internationale. Banderbelde und Gussmans, der Präsident und der Sekretär des Internationalen Bureau's, waren aus Brüssel, die Genossen Renner und Binarzki aus Wien, der französische Deputierte Genosse Thomas aus Paris gekommen. Ihr Erscheinen war ein sichtbarer Ausdruck der erhöhten Wirksamkeit und Tatbereitschaft, die die Internationale gewonnen hat. Denn die Solidarität der Proletarier aller Länder hat aufgehört, eine bloße theoretische Ueberzeugung, die bloße Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern zu sein. Sie ist die wichtigste Grundlage der auswärtigen Politik der Arbeiterklasse geworden. Und je mehr im Zeitalter des Imperialismus die auswärtigen Fragen die proletarischen Interessen berühren, desto wichtiger ist es auch geworden, daß gleichzeitig in allen Ländern das Proletariat gemeinsam und zu gleichem Ziele in die auswärtige Politik eingreift. Aus diesem Gefühl heraus haben die Berliner Arbeiter ihren auswärtigen Gästen einen jubelnden Empfang bereitet und aus ihren prächtigen Reden neue Begeisterung, neue Siegesgewißheit geschöpft. Und als unsere Freunde davon sprachen, daß die wichtigste Aufgabe, die die deutschen Arbeiter für den Frieden zu leisten haben, die Demokratisierung Deutschlands und die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen bildet, da zeigten die stürmischen Jurore, daß die deutschen Arbeiter ihre Aufgabe kennen und alles daransetzen werden, am 12. Januar einen kräftigen Stoß zu führen gegen die Gegner der Demokratie im Innern, die zugleich die schlimmsten Gefährder des Friedens nach außen sind.

Im Zentrum.

Bei Drüfel, Neus Friedrichstr. 55, veranstaltete der erste Kreis seine Friedensdemonstration. Vereinzelt und in kleinen Trupps kamen die Versammlungsbesucher; um 12 Uhr, bei Eröffnung der Versammlung, war der Saal überfüllt, so daß Tische und Stühle zusammengedrückt werden mußten, um den noch immer Zustromenden Platz zu machen.

Zunächst erhielt das Wort:

Der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureau's Camille Gussmans:

Werte Genossen! Ich werde mein möglichstes tun, um mich deutsch verständlich zu machen und hoffe dabei auf Ihre Nachsicht. Ich komme aus einem sehr kleinen Lande, aus einem Lande, das den Frieden wünscht, aus einem Lande, wo keine Kriegspartei besteht und wo der Kronprinz noch mit Bleifeldaten spielt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber auch wir in Belgien sind von der Kriegsgefahr berührt worden. Mühte unsere Regierung doch während der Marokkofrise das Meer mobilisieren. Auch Belgien ist eine Kolonialmacht, und was den Italienern in Tripolis geschieht, kann auch uns begeben. Auch die kleinen Völker Europas fühlen sich bedroht, wenn zwischen den großen Nationen Kriegsgefahr besteht. Daher befriedigt es mich als Vertreter des Internationalen Bureau's, daß die Friedensdemonstrationen des internationalen Proletariats so erfolgreich gewesen sind. Wir in der Internationale haben in den letzten Jahren fast ausschließlich Kriegsarbeit loszugesogen gehabt. Unsere internationalen Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen und zahlreiche Konferenzen des Internationalen Bureau's haben sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Die heutigen Kundgebungen werden auf die Initiative des ausführenden Ausschusses unseres Bureau's hin veranstaltet. Sie sind herrlich gelungen. So wie heute das Proletariat in Berlin und anderen Städten Deutschlands demonstriert, bekundet gleichzeitig auch das ungarische Proletariat seine Friedensliebe. (Lebhafte Beifall.) Ein besserer Augenblick konnte gar nicht gewählt werden als der, wo selbst der Reichskanzler sich gezwungen sieht, gegen den Chauvinismus Front zu machen. Wenn aber vom Regierungstisch aus gesagt wird, das Vorgehen Italiens in Tripolis bedeute keinen Raubzug, sei keine Brutalität, keine Grausamkeit, dann müssen wir diese Auffassung mit Entschiedenheit zurückweisen. Ein europäischer Vertrag, den auch Italien unterzeichnet hat, sicherte der Türkei ihre Integrität. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Die italienische Regierung hat ihr Vorgehen mit keinem ideologischen Mantelchen verkleidet, sie hat gehandelt wie kalabrische Räuber: „Die Börse oder das Leben!“ (Lebhafte Zustimmung.) Sie hatte kein Mandat, sie hatte weder die Kammer noch das Volk befragt. San Giustiano, Giolitti und der König haben den Krieg auf eigene Faust beschlossen. Wie die auswärtige Politik gemacht wird, wissen Sie als Deutsche am besten. Drei Monate lang haben Gombol und Ribbenet verhandelt. Weder Parlament noch Volk haben erfahren, was vorging. Nun haben wir den Wortlaut des Marokkoabkommens und

niemand versteht ihn. (Heiterkeit.) Sogar Geheimabmachungen sollen noch daneben vorhanden sein. Das Volk ist das Spielzeug in der Hand von ein paar Dutzend Kapitalmaginaten und einiger Diplomaten kleintiten Wuchtes. (Lebhafte Zustimmung.) So kann das nicht weitergehen! Die Entscheidung in so wichtigen Fragen ist Sache des Volkes. (Bravo!)

Vor einigen Tagen sah in einer Kommission des französischen Abgeordnetenhauses ein Exminister des Kabinetts, das den Geheimvertrag mit Spanien geschlossen hat, und er erklärte, daß der Minister Delcassé ihm kein Wort davon gesagt habe. Ein anderer Exminister erzählte, daß er über das Bündnis mit Rußland nur durch Offiziere, die sich in der Begehung des Zaren befanden, etwas erfahren habe. Die Minister, das Volk wußten nichts. So macht man auswärtige Politik in einer parlamentarischen Republik! Was wird da erst in Deutschland vorkommen. (Sehr richtig!)

Das einzige Argument, das Italien für sein Vorgehen in Tripolis anführen kann, ist, daß es die anderen Staaten nicht besser gemacht haben. Japan hat Korea, die Amerikaner haben die Philippinen gestohlen, England hat die Buren-Freistaaten geraubt, Frankreich nimmt jetzt Marokko, mein eigenes Land hat sich den Kongo geholt. Darin unterscheidet sich kein kapitalistisches Land von dem anderen, und wo es nicht gesehen ist, fehlt nur die Gelegenheit. Italien hätte besser getan, sich mit seinen Südprowinzen zu beschäftigen, wo das Proletariat Hunger leidet, aus denen zahllose Menschen auswandern müssen, weil sie nicht genügend Brot finden. Das alles ist eine Schande für die Regierung. (Lebhafte Beifall.) Wie hat sich die italienische Sozialdemokratie verhalten? Giolitti versprach den Arbeitern die Reform des Wahlrechts und die Einführung einer Arbeiterversicherung. Die italienischen Sozialdemokraten gehörten zur Mehrheit und unterstützten die Regierung. Andererseits wurden in Soloniki eingewanderte italienische Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert waren, eingekerkert. Trotzdem haben unsere italienischen Parteigenossen gesagt: „Wir unterstützen die Türken nur, weil sie recht haben.“ Zu solcher Höhe der Anschauung kann sich keine Bourgeoisie erheben, die immer von unserem Materialismus spricht. Wir sind die wahren Idealkisten. (Lebhafte Beifall.) Das zeigt die Soltung unserer Parteigenossen in diesem Konflikt.

Ich hoffe, daß diese Kundgebung nicht die letzte sein wird. Immer und immer wieder müssen wir demonstrieren! (Lebhafte Beifall.) Der Tag wird kommen, wo die kapitalistische Entwidlung größere Konflikte herausbekämpft. Für diesen Augenblick muß die Sozialdemokratie bereit sein! (Lebhafte Beifall.)

Für Euch Kameraden in Deutschland gilt es, das Land zu demokratisieren, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen! (Stürmischer Beifall.) Die Zukunft gehört den Aufrechten, die mit zornig geballten Fäusten sich Gerechtigkeit und Freiheit erringen wollen! (Brausender Beifall.) Brausender, sich mehrfach wiederholender Beifall belohnte den Redner.

Genosse Braun hielt alsdann das ergänzende Referat.

Er erkannte an, daß der Reichskanzler recht habe, wenn er im Reichstag sagte, das deutsche Volk habe sich eine erregte Stimmung bemächtigt. Diese Stimmung richte sich aber nicht, wie der Reichskanzler zu meinen scheine, gegen das Ausland, sondern gegen die frivolen Kriegsgeher in eigenen Lande.

Redner beschäftigte sich dann mit der „bewährten“ Wirtschaftspolitik Deutschlands, die das Hungergespenst an die Wand male, mit der China- und Marokkopolitik. Wenn es zwischen Deutschland und Frankreich nicht zum Kriege gekommen sei, so sei dieses der Sozialdemokratie beider Länder, insbesondere auch der gut organisierten deutschen Sozialdemokratie zu danken. Weiter beschäftigte er sich mit dem italienischen Raubzug nach Tripolis, veranstaltet unter dem Segen des Papstes und der Bischöfe, mit den an Wechlofen verübten Brutalitäten. Die christlichen Staaten, an die sich die Türkei gewandt habe, sehten diesen Laten kein Ziel, weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Der türkische Kammerpräsident habe sich deshalb an das sozialistische Proletariat gewandt, wo sein Ruf nicht ungehört verhallt, sondern das im Namen der Menschlichkeit gegen die Greuel protestiere. Der Krieg kann täglich auf europäischen Gebiet der Türkei übergreifen, was die Gefahr des Weltkrieges bedeute. Für Deutschland sei die Kriegsgefahr nicht beiläufig, wenn man die Treiberelien der Junker und Kapitalisten und den in Preußen-Deutschland üblichen Jockaktur berücksichtigt. Bei der Reichstagswahl sei abzurechnen mit Lebensmittelinventuren und Kriegsgehern. Die Rede des Reichskanzlers über den Wahlpatriotismus sei von unschätzbarem Wert.

Der Kapitalismus bedeute Unkultur, der Sozialismus bedeute Kultur, schloß Redner unter starkem Beifall der Versammlung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche und internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In der Volksbrunnerei

Auf dem Tempelhofer Berg

war der Besuch der Versammlung nicht minder stark. Um 12 Uhr war der isolierte Saal schon dicht besetzt. Um den weiterhin anrückenden Massen Platz zu schaffen, mußten Tische entfernt oder zusammengedrückt werden. Und noch war der Saal zu klein.

Genosse Albert Thomas, Mitglied der französischen Kammer, leitete seine Rede mit einigen deutschen Sätzen ein: **Werte Genossen!** Sie werden mich entschuldigen, wenn ich eine politische Rede in meiner Muttersprache halte. Es ist fast unmöglich für mich, politische Ideen in Deutsch auszudrücken. Vor zehn Jahren war ich längere Zeit in Berlin. Damals habe ich in den Berclamungen unten in der Masse der Genossen gelesen und Deutsch gelernt. Heute, wo ich auf dieser Seite der Tribüne stehe (Weiterkeit), habe ich Deutsch gelernt, aber in der Politik wohl manches hinzugelern. (Beifall.)

Bevor Genosse Thomas nun mit seiner französischen Ansprache begann, wies Richard Fischer darauf hin, daß der Rixdorfer Polizeipräsident verlangt habe, daß die Verhandlungen in der Versammlung in der „Neuen Welt“ in deutscher Sprache geführt würden. (Entrüstungsruufe.) Da die Rede aber sofort ins Deutsche überetzt werde, könne kein Hindernis gegen eine französische Ansprache vorliegen. „Was kann der Rixdorfer Polizeipräsident schließlich dafür, daß wir

mit Hilfe der Liberalen ein so dummes Vereinsgesetz haben.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Uns Sozialisten geht es doch überall gleich schlecht, sagte Thomas in deutscher Sprache launig hinzu, in Paris verbietet unser Jagow, der Polizeipräsident Lepine, uns Straßen-demonstrationen, und hier in Berlin soll ich nicht französisch reden dürfen. (Heiterkeit.) Aber ob ich nun französisch oder deutsch rede, ich werde immer sozialistisch reden und sozialistisch verstanden werden. (Stürmischer Beifall.)

Dann fuhr Genosse Thomas französisch fort. Die Uebersetzung gab Genossin B u r m:

Meine Partei hat mich nach Berlin geschickt, um die brüderlichen Gefühle meiner Genossen für das deutsche Proletariat auszudrücken. Dann aber auch, um gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder Protest zu erheben gegen den Raubfeldzug Italiens nach Tripolis und die gesamte kapitalistische Politik der kolonialen Abenteuer, die die bürgerlichen Regierungen anzetteln. Was dem italienischen Feldzug ein besonders schreckliches Gesicht gibt, ist die Art der Kriegsführung. (Lebhafte Zustimmung.) Alte schauerlicher Brutalität sind vorgekommen. Mitleidlos sind Frauen und Kinder von einer zügellosen Soldateska hingeschlachtet worden. (Stürmische wiederholte Psuirufe.) Als die Greuel-taten durch die Presse bekannt wurden, wußte die italienische Regierung vor dem Geißen Europas keine bessere Entschuldigung, als das lächerliche Bemerkens, es habe sich bei dem Massaker von Frauen und Kindern nur um abgeirrte Kugeln gehandelt. (Stürmische Protest- und Entrüstungsruufe.) Wir wissen aber, daß selbst Offiziere, die dazu berufen waren, die Greuel-taten zu verhindern, sich vielmehr aktiv an ihnen beteiligt, ja am Schlimmsten gehaust und die Hinrichtungen anbefohlen haben. (Stürmische Bewegung und erneute, wiederholte Psuirufe.) Aber wir protestieren nicht nur gegen die Art des tripolitischen Feldzuges, wir protestieren auch gegen die Ursache des Krieges. Wir protestieren gegen den kolonialen Wahnsinn überhaupt, der die Völker aufeinander-dehnt und den Weltfrieden bedroht. (Lebhafte Zustimmung.) Was Italien in Tripolis tut, haben die Franzosen in Madagaskar und Marokko getan. Auch da hat es nicht an Greuel-taten gefehlt. Immer und immer wieder hat die französische Sozialdemokratie ihren Protestruf ertönen lassen. Am schärfsten hat sie protestiert in der Marokkoaffäre (Stürmischer Beifall), die nahe daran war, zu einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zu führen. Wir haben in den letzten Monaten genöthig schmerzliche Stunden der Angst verlebt. Stand uns doch die Gefahr vor Augen, daß ein abscheulicher Krieg zwischen deutschen und französischen Brüdern wegen kolonialer Raubereien entstehen könnte. (Lebhafte Psuirufe.) Wenn in Deutschland Unzufriedenheit über die Ergebnisse des Vertrages herrscht, so sind auch die französischen Kolonialfreunde nicht zufrieden. In Deutschland sprechen sie, daß man Sumpfe mit der Schlafkrankheit eingehandelt habe. (Weiterkeit.) In der französischen Kammer konnte man unsere Kolonialinteressenten sagen hören: Das Abkommen ist recht ungünstig für Frankreich, wir haben ein gutes Stück Kongo abgetreten und dafür die sehr fragwürdige Souveränität über Marokko erhalten. Doch wie auch das Urteil ausfallen mag, wir begrüßen den Vertrag, weil er den Frieden gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Den Frieden wollen die Völker Frankreichs und Deutschlands. Die Zeit der barbarischen Austragung der Völkerverflikte muß verschwinden. (Erneute stürmische Zustimmung.) Allen Völkern muß der Internationalismus eingegraben werden, der den Frieden der Welt bedeutet. Die Organisierung des Weltfriedens, das ist das große Werk, das die Sozialdemokratie zu erfüllen hat. (Brausender Beifall.)

Unter stürmischem Beifall und Handwinken verließ Thomas die Tribüne. Dann nahm der Reichstagsabgeordnete Genosse Wolken-buhr das Wort. Anknüpfend an die Worte des französischen Redners konstatierte er das einmütige Streben der Proletarier aller Länder, den Massenmord unter den Völkern zu verhindern. Ein in gewisser Hinsicht einseitiges Streben beherrschte auch die kapitalistische Gesellschaft aller Länder: das Ausfaugen und das Ausplündern der Bevölkerung in immer steigendem Maße vornehmen zu können. Die Pfrause von der Eroberung neuer Ulfahgebiete und neuer Quellen zur Versorgung der heimischen Industrie mit Rohstoffen und dergleichen wird kompletter Wahnsinn, wenn gleichzeitig die Länder wieder abgesperrt werden durch Zoll-schranken. Wahnsinn wird die Pfrause von der Schaffung kolonialer Besitzungen zur Unterbringung des Bevölkerungüberschusses, wenn gleichzeitig die Agenten der Großgrundbesitzer und die Beauftragten gewisser Industrien das Ausland bereisen, um Tausende fremder Arbeitskräfte herbeizuschaffen und sie der heimischen Arbeiterschaft als Lohnbrüder auf den Hals zu legen. In seiner ganzen Unmenslichkeit tritt und der Krieg als solcher jetzt in Tripolis vor Augen, und wenn ein Herr v. Liebert als Mitglied der brutalsten kapitalistischen Gesellschaft dieser Tage im Reichstag von dem Einbruch Italiens in Tripolis als von einem Raubzug der Italiener gesprochen hat, so nur deshalb, weil den Raubzug diesmal nicht Deutschland, sondern ein anderer Ingenieur hat. Die von der italienischen Soldateska verübten Greuel-taten an Greisen, Frauen und Kindern sind nichts Ungewöhnliches, sie sind das Merkmal aller Kolonialkriege, bei welchen sich die Ausführenden des Auftrages ganz vorzüglich als Räuber und Vanditen fühlen müssen!

Namende Entrüstung bemächtigte sich der Versammlung bei der Schilderung der Greuel des Krieges, und als der alte Veteran des Proletariats dann in jugendlicher Begeisterung auf die kultur-historische Mission hinwies, die das internationale Proletariat in der Verhinderung und Abschaffung jeden Krieges zu erfüllen hat, da brauchte ein nicht emwohlführender Weiffalsturm durch den Saal. In Uebereinstimmung mit der verlesenen Resolution erhoben sich die Hände der Zweieinhalbtausend zum heiligen Schwure, und ein donnerndes Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie beschloß die imposante Kundgebung des Berliner Säbens.

In ruhigem Ernst verteilten sich die Versammlungsbesucher in die Straßen, wälzte sich der Strom der Demonstranten hinunter den Tempelhofer Berg. ...

In der Gasenheide.

Der große Saal der „Neuen Welt“ war schon um 11 Uhr ziemlich gut besetzt. Doch der Hauptstrom der Versammlungsbesucher kam erst. Anfangs in kleineren, dann in

Briefkasten der Redaktion.

W. G. 22. Seit 1. Mai 1905. — Seite 73. 1. Rein. 2. In Veranlagung erfolgt, so muß ein Antrag auf Erlass bei dem Vorstehenden der

Veranlagungskommission gestellt werden. — Fahrrad 1911. 1. u. 2. Ja. — Weihenre M. N. 01. Das ist nicht notwendig. Es kommt auf den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit an. — Spitz 20. Sie sind noch zahlungspflichtig; die notwendigen Sachen unterliegen aber nicht der Beschlagnahme. — S. S. 5691. 1. Ja. 2. Nach herrschender Meinung nein. 3. Ja.

1. Rein. — S. S. 1876. 1. Polizeibehörde. 2. In der Regel nein. 3. Rein. — J. D. 300. Leber nein. Dienstpersonal untersteht nicht der Unfallversicherung. — S. R. 47. Das Mädchen war nicht krankheitsbedingt pflichtig. Die Herrschaft haftet jedoch bis zur Dauer von sechs Wochen für die Kur- und Verpflegungskosten, also auch für die Krankenhauskosten.

Aussergewöhnlich preiswert und unentbehrlich

für jeden Leser des Vorwärts.

Der praktische Ratgeber für jeden Gesunden.

Dr. C. E. Bock: Der zuverlässigste Hausarzt für alle Kranken.

Das Buch vom gesunden und kranken Menschen

vollständig neu bearbeitet von Dr. Paul von Mase, Oberstabsarzt a. D. und Dr. Leopold Katz-Berlin.



Mit Beiträgen von Prof. Dr. Albert Albu-Berlin, Dr. Kurt Bieling-Friedrichroda, Oberbürgermeister am Ende-Dresden, Fri. Dr. Rahel Hirsch-Berlin, Prof. Dr. Felix Hirschfeld-Berlin, Dr. G. Honigmann-Wiesbaden, Prof. Dr. Arthur Keller-Berlin, Dr. Friedrich Keller-Schlegel i. Schl., k. u. k. Universitäts-Professor Dr. E. H. Kisch-Marienbad und Prag, Dirigierender Hospitals- und Kurarzt Dr. Franz Klisch Jun.-Marienbad, Dr. Walter von Oettingen-Berlin, Sanitätsrat Dr. J. Ruhemann-Berlin, Prof. Dr. C. L. Schleich-Berlin, Frau Dr. Grete Schäler-Helbing-Berlin, Prof. Dr. A. Volkmann + Halle a. S., k. u. k. Hofrat Dr. Wilhelm Winteraltz-Wien.

Mit 295 hochinteressanten Original-Abbildungen. 625 Seiten, eleganter Geschenkband. Lexikonformat. Jedem Leser des Vorwärts empfohlen wir das ausserordentlich wertvolle reichillustrierte populär medizinische Hausbuch und Universalwerk zum

aussergewöhnlich billigen Preis von nur 3 Mark.

Bock's berühmtes Buch ist das einzig dastehende populäre Werk, welches seit Jahrzehnten Millionen freu beraten hat; es macht sich zunächst ausführlich zur Aufgabe, dem gesunden Menschen in der Bewachung und Kräftigung seiner Gesundheit ein zuverlässiger Wegweiser zu sein. In gleicher Ausführlichkeit behandelt es dann Ursachen, Entstehung und Heilung aller erdenklichen Krankheiten und Gebrochen des menschlichen Körpers zur Erlangung der Genesung. Unter Mitwirkung einer Reihe hervorragender Professoren und Spezialärzte auf die Höhe neuzeitlicher Forschungen gebracht und mit instruktiven und belehrenden Illustrationen versehen, behauptet es heute seinen Platz als das beste populär medizinische Werk, welches sich auch als Geschenkwerk allerersten Ranges eignet. In jedes Haus, ob arm oder reich, gehört somit als erprobter und bekannter Familienfreund Bock's Buch vom gesunden und kranken Menschen.

Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31.

Der Bestellschein ist deutlich auszufüllen und im offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig-Marke frankiert einzusenden.

Bestellschein für die Leser des Vorwärts

Von Willibald Wendes Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31, erhalte gegen Nachnahme: 1 Exemplar des Buches vom gesunden und kranken Menschen à 3 M. 1-2 Exemplare als Postpaket. Genosse Adm.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 14. Novbr. 1911: Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Opernhaus. Der Rosenkavalier. S. Schauspielhaus. Die glückliche Hand. Neues S. Opernhaus. Geschloß. Deutsches. Penkellen. S. Opernhaus. Spezialitäten. Virtuöses. Gala-Vorstellung. Virtuöses. Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Lindenstraße 48/49. Von Meran zum Orler. Im Hörsaal: Dr. Berndt, Darwins Lehre II. Lesung. Das weiße Land. Kleines. Lohs' Geburtstag. Gest und Hannu Elber. Nocturnos.

Kammerspiele. Nathan der Weise. Berliner. Bummelstudenten. Neues. Das Rädel von Montmartre.

Neues Schauspielhaus. Hans Sonnenhörsers Höhenfahrt. Residenz. Ein Walzer von Chopin. Neues Operetten. Die moderne Eva.

Romische Oper. Der Troubadour. Königgräzter Straße. Die Schauspielerin.

Schiller O. Madame Sans-Gêne. Schiller. Charlottenburg. Don Carlos.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Don Juan. Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.

Metropol. Die Nacht von Berlin. Trianon. Die Dame in Rot. Trianon. Mein Baby.

Thalia. Polnische Wirtschaft. Luise. Baroness Claire. Rose. Michael Kohlhaas. Casino. Der selbige Hollschinsky. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Herrfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma. Königstadt-Kasino. Spezialitäten. Reichshallen. Sittlicher Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14. Walfische. Teufel, das hat eingeschlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittenspiegel. Intimes. Der Brandstifter.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Kaiser-Panorama. Neu! Hochgebirgstour in Tirol. Indianerleben Südamerikas.

Schiller-Theater O. Theater. Dienstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Wittmoos, abends 8 Uhr: Der Band der Jugend.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Madame Sans-Gêne.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Don Carlos.

Wittmoos, nachm. 3 Uhr: Prinz Friedrich von Romberg.

Wittmoos, abends 8 Uhr: Es lebe das Leben.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Berliner Theater. Anfang 8 Uhr.

Bummelstudenten.

Theater in der Königgräzter Straße 8 Uhr: Schauspielerin.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Das Rädel von Montmartre. Credit: Fritz Massary. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der seltene Sauer.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Don Juan.

Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander. Anfang 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin.

Schwank in 3 Akten v. Réoulet u. Barré. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Hellen-Baerfeld.

Morgen und folgende Tage: Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater. Dienstag und Mittwoch 8 1/2 Uhr: Der Sittenspiegel. Donnerst. 8 1/2 Uhr: Der Troubadour.

Luise-Theater. Heute und folgende Tage: Baroness Claire.

ROSE=THEATER. Große Frankfurter Str. 192. Abends 8 Uhr: Michael Kohlhaas. Wittmoos: Der Sittenspiegel.

Metropol-Theater. Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von B. Holländer. Die Szene geleitet vom Dir. R. Schalk. Anfang 8 Uhr. Nachen gestaffelt.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das neue Programm! Der Gipfel der Komik. Christenni u. Louise. holländische Duettisten.

Paul Jülich mit seinen Szenen. Nachgegerien. Eine Wähler-Bersammlung. Nur noch kurze Zeit: Ein Abend in einem amerikanischen Tingel Tangel.

Pastans Panoptikum. Corso-Varieté. Friedrichstr. 165. Heiterer Künstler-Abend. 12 Attraktionen 12. Entree 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Heute 8 Uhr: Karl Heinzius-Abend. Entree 50, reserviert 75 Pf.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lachertolg!

Das Kind der Firma. mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher: Schmerzlose Behandlung. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Volks-Theater. Rixdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, 19. Nov: Die Kanonenkönigin. Schwank in 3 Akten von Richard Wang. Montag, 20. Nov.: Gelpensier. Familien-drama in 3 Akten von Genrikt Nben.

Königstadt-Kasino. Sde Holzmart. u. Alexanderstraße nahe Kammwischbrücke. Vom 1. bis 16. November, abends 7 1/2 Uhr: Das Piesen-Welstakt-Programm. Bumkes Sommerreise u. die erstklassigen Spezialitäten. Sonntags 2 Vorstellungen: nachmittags 1/4 u. abends 1/7 Uhr.

feiert neue Triumphe in dem Film-Schauspiel: Zigeunerblut. Dramatische Pantomime in 3 Akten. Außerdem die glänzende Fülle der interessantesten Lichtkunst-Spiele in allen 5 Etablissements: Alexanderplatz X Unter d. Linden Wedding, Moritzplatz, Hasenheide.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das beste Programm der Berliner Varieté-Saison! Claire Waldoff mit neuen Schlegern. Menö. Telepat. Phänome. The Black cats engl. Backfisch-Ess. und die 10 glänzenden Varieté-Nummern.

Ausstellung Nordland. Kurfürstendamm 151 nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg. Geöffnet ab 10 Uhr vorm. 125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel. Rentierherde, Polarbären. Eintritt für Ausstellungsgeld. 50 Pf. Vorführungen: Wochentags 4 1/2 u. 6 1/2 u. 9 Uhr. Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf.

Admiralspalast. Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Nachmittags. Militär-Konzert. Allabendlich: Das prachtvolle Eis-Ballett in unübertroffener Ausstattung. „Alpenzauber“. Außerdem abends: Die kleine Charlotte mit ihrer Novität: „Der Lichtertanz“. Eindröher-Konzert. Restaurant i. Rangos Soupers a la Karte. Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds. halbe Kassenpreise.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Zirkus A. Schumann. Heute abend 7 1/2 Uhr: De Marlos american wonders. Das Froschparadies. Luis Hardt, der Knabe Samson. Briatoris. Freiheitsdressuren, vorgeführt v. Fri. Dora Schumann sowie die übrigen neuen Attraktionen. 9 1/2 Uhr: Die mit gr. Beifall aufgenommenen Peerie in 5 Bildern. 1000 Jahre auf dem Mecresgrund nach Motiven aus 1001 Nacht.

Passage-Panoptikum. Die himmlischen Zwillinge zusammengewachsen. Lebend zu sehen! Ohne Extra-Entree.

Boigt-Theater. Gastspiel im Moabit Wintergarten, früher Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Artshof, Verleberger Str. 66. Der Krenzelschreiber. Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenubler. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Von Meran zum Orler. Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt: Darwins Lehre II.

Zirkus Busch. Heute abend 7 1/2 Uhr: Die größte Sensation der Neuzeit! Pignolo, seinem tollkühnen Todessprung. Zum 2. Male prolongiert. Die drei Affen-Menschen. Max, Moritz und Pepi. Ferner: Finlay-Trio. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdressuren. Schwestern Blumenfeld, Rock u. Pferde. Sämtliche Clowns mit neuen Witzsen. Um 9 1/2 Uhr zum 32. Male: Origin.-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Bildern.

Roach's Theater. Direktor: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Gastspiel in Enders Gefängnis an Weihenre. Mutterliebe. Rändl. Lebensbild mit Ges. in 5 Akten. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 35, 55 und 75 Pf.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Zum 75. Male: No. 14. Kobi Krach.

Casino-Theater. Köpenicker Str. 37. Täglich 8 Uhr. Trotz des enormen Andranges. Letzter Monat. Berliner Poffen-Schlager. Der selbige Hollschinsky. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Heute u. folgende Tage: Gastspiel. Robert Steidl. Anf. 7 Uhr. Große d. Höhe wie gewöhnl.

Berliner Uk-Trio. Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, 1. 1.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

